



**BERATEN.
ORGANISIEREN.
KÄMPFEN.**

DIE LINKE.

hilft!

www.links-bewegt.de



LINKS BEWEGT

Das Online-Magazin der LINKEN

5 Vorwort

Theorie

- 7 »DIE LINKE hilft« ist älter als DIE LINKE selbst
- 10 »Eure Armut kotzt mich an« – Wie sozial Benachteiligte systematisch abgewertet werden
- 14 Von der Beratung zur Bewegung?

Praxis

- 19 Wie baue ich eine LINKE Sozialberatung auf?
- 22 Der feine Unterschied: Sozialberatung und Rechtsberatung
- 24 Von Einzelfallberatung zum gemeinsamen kommunalpolitischen Handeln
- 26 Von der Sozialberatung zur Organisation der Betroffenen
- 30 Der Sozialkompass
- 32 Vernetzung, Qualifizierung und Finanzierung der Sozialberatungen
- 34 Senior*innenberatung als bewegungsorientierte Sozialberatung

Leitfäden

- 39 Grundlagen der Beratung
- 41 Allein machen sie dich ein: Ämterbegleitung
- 44 Wie führe ich ein Beratungsgespräch?
- 46 »Niemand isst allein«: Erwerbslosenfrühstück für Anfänger
- 50 Öffentlichkeitsarbeit

Adressen

- 55 DIE LINKE hilft: Sprechstunden und Beratungsangebote der LINKEN
- 70 Impressum



DIE LINKE hilft – Kritik im Handgemenge

Von **Katja Kipping**

Wenn Du diese Broschüre in den Händen hältst, dann hast Du einen entscheidenden Gedanken sehr wahrscheinlich schon gefasst: Die alte Parole »Jeder kämpft für sich allein« gehört vielleicht noch auf den verstaubten Sprüchekalender des Neoliberalismus, aber nicht in die Gegenwart und Zukunft eines solidarischen Miteinanders. Und das ist gut so! Gegenseitige Unterstützung im alltäglichen Kampf mit den Behörden und Jobcentern, für einander da zu sein und einzustehen und vor allem zuzuhören – das alles sind die Grundgedanken von »DIE LINKE hilft«. DIE LINKE hat es über die Jahre geschafft, ein Netz von Anlaufstellen für Sozial- und Mietenberatung und Selbsthilfegruppen aufzubauen. Wir sind der Meinung, dass eine linke Partei soziale Gerechtigkeit und Solidarität nicht nur von der Kanzel predigen darf, sondern ihre »Kritik im Handgemenge« (Karl Marx) leisten muss.



Foto: Anne Illing

Die Politik aller vergangenen Bundesregierungen hat dafür gesorgt, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der die einen mehr und andere fast gar nichts wert zu sein scheinen. Dass Hartz-IV-System soll uns sagen »Nur wer einen Job hat, hat auch den Anspruch, an dieser Gesellschaft teilzuhaben«. Alle anderen werden mit einem staatlichen Almosen abgespeist, das kaum zum Überleben reicht, aber ganz sicher nicht zum Leben. Deswegen ist für DIE LINKE immer noch eines ihrer obersten Ziele, das unmenschliche Hartz-IV-System abzuschaffen und durch gute Arbeit, längeres Arbeitslosengeld und eine sanktionsfreie Mindestsicherung zu ersetzen.

Damit wir das schaffen, müssen wir Vielen uns auflehnen und für eine Gesellschaft eintreten, in der alle Menschen gleich viel wert sind, in der niemand zurückgelassen wird und in der keine und keiner Angst davor haben muss, anders zu sein. »DIE LINKE hilft« ist deshalb immer auch Hilfe zur Selbsthilfe. »Allein machen sie dich ein«, sang die Band »Ton Steine Scherben« schon vor 50 Jahren. Wir sagen: Nur zusammen können wir auch etwas verändern. Lasst uns heute beginnen.

Katja Kipping

ist Vorsitzende der Partei DIE LINKE.

Theorie

»DIE LINKE hilft« ist älter als DIE LINKE selbst

Von **Jörg Schindler**

»DIE LINKE hilft« – die Idee einer linken, also politisch motivierten Sozial- und Rechtsberatung – ist ein Konzept, das viel älter ist als DIE LINKE selbst. Bereits in der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts etablierten sich Formen der Selbsthilfe und gegenseitiger Unterstützung im sozialen Umfeld als Teil des Kampfes gegen Ausbeutung.



Foto: Martin Heinlein

Dahinter stand der Gedanke, dass der Kampf gegen soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit nur gemeinsam und nicht allein zu gewinnen ist. Der ansonsten überlegenen Macht des Geldes und des Staates sollte die gemeinsame Kraft der Vielen entgegengesetzt werden: Solidarität. Bei den Gewerkschaften sind die gemeinsame Kasse zur Unterstützung bei Streiks und der gewerkschaftliche Rechtsschutz für Mitglieder im Arbeits- und Sozialrecht Beispiele dafür. Oder die Tradition der »Roten Hilfe Deutschland« (RHD), die für hunderttausende Menschen in der Weimarer Republik praktischen Schutz, Rechtshilfe bei Strafverfolgung und Betreuung bei staatlicher Repression organisierte.

Diese Traditionslinie einer solidarischen, linken Selbsthilfe findet sich auch in der LINKEN wieder: Im inzwischen parteieigenen Hotel »Am Wald« in Elgersburg wurden zwischen 1925 bis 1933 Hunderte Kinder von KPD-Mitgliedern, die in Gefängnissen saßen oder gar ermordet wurden, auf Basis von Spenden untergebracht und versorgt. Hinter dem Gedanken einer linken Selbsthilfe stand aber auch der Gedanke, dass sich aus den sozialen Auseinandersetzungen heraus selbst alternative solidarische Formen der gesellschaftlichen Ordnung entwickeln. Das wird sichtbar, wenn aus der solidarischen Selbsthilfe eigene neue Wirtschaftsformen entstehen, wie sozialistisch inspirierte Einkaufs- und Konsumgenossenschaften, Hilfskassen für Versorgungsfälle oder Wohnungsgenossenschaften, die schon in den Zwanzigerjahren die katastrophalen Wohnbedingungen einfacher Menschen zu verbessern versuchten.

Die Organisation solidarischer Selbsthilfe im sozialen Umfeld ist seit jeher Praxis vieler linker und fortschrittlicher Bewegungen. Es ist ein notwendiges

Instrument jeder praktischen Gesellschaftskritik, denn sie benötigt eine Folie praktischen Handelns, um nachvollziehbar und breitenwirksam zu werden. Denn fortschrittliches politisches und damit solidarisches Bewusstsein kann im größeren Rahmen nur aus der Praxis von sozialen Auseinandersetzungen, nicht allein in der theoretischen Erkenntnis, entstehen. Erst durch die Auseinandersetzung und Praxis werden sowohl die Erfahrungen von Ungerechtigkeit als auch die theoretischen Ideen alternativer Gerechtigkeit lebendig. Daher ist die Organisation einer solidarischen Selbsthilfe sinnvoller und notwendiger Teil praktischer Gesellschaftskritik.

Eine Organisation solidarischer Selbsthilfe steht immer auch im Spannungsfeld zwischen politischer Instrumentalisierung und Almosen. Sie wird ihrem gesellschaftskritischen Anspruch nicht gerecht, wenn sie lediglich der bloßen Mitgliederakquise dient, weil diese sich nicht instrumentalisieren lassen wollen. Aber auch die Verkürzung solidarischer Selbsthilfe zum sozialen Selbstmanagement der Betroffenen oder zur paternalistischen »Betreuung« der Ausgegrenzten führt nicht zur Stärkung der kollektiven Macht der Beherrschten, sondern zur Entpolitisierung. Erforderlich ist vielmehr bei einer solidarischen Selbsthilfeorganisation wie »DIE LINKE hilft« die stetige Reflexion der politischen Implikationen von Sozial- und Rechtsberatung und auch die stetige Mobilisierung eigener gesellschaftskritischer Handlungen der Betroffenen.

In unserer Partei DIE LINKE, bzw. der Vorgängerin PDS, haben die bestehenden Sozial- und Rechtsberatungsangebote ebenfalls eine Tradition seit der Wiedervereinigung. In den Neunzigerjahren waren es die praktischen Unterstützungsangebote bei bürokratischen Antragsverfahren, die in den Geschäftsstellen und unter aufopferungsvoller Hilfe ostdeutscher Genoss*innen angeboten wurden. Ab 2005 waren es die Rechts- und Sozialberatungen, die in den Geschäftsstellen und im Umfeld unserer Partei für Betroffene der Hartz-IV-Gesetzgebung und sozialrechtlicher Themen eröffneten und seitdem konstant 15 Jahre praktischen Widerstand gegen Hartz IV, Altersarmut und soziale Ungerechtigkeit leisten. Mit den steigenden Mieten in den Großstädten nahmen auch die Beratungs- und Selbsthilfeangebote gegen den Mietensinn zu. Nicht zu vergessen ist auch, dass unsere soziale und rechtliche Beratungstätigkeit auch verstärkt Menschen mit Migrationsgeschichte und auch mit migrationsrechtlichen Problemen unterstützt.

Es gibt gegenwärtig rund 120 Sozial- und Rechtsberatungsangebote in und im Umfeld der LINKEN. Dass es sie trotz vielfältiger Belastung der Berater*innen und rein ehrenamtlich organisiert in diesem Umfang gibt, ist ein großer Erfolg. Auf diesem sollten wir uns jedoch nicht ausruhen. Es braucht mittelfristig weitere Schritte, um die solidarische Selbsthilfeorganisation

von »DIE LINKE hilft« zu stärken. Während die dezentrale Entscheidung über Art und Umfang der Sozial- und Rechtsberatungsangebote weiterhin bei den Genoss*innen vor Ort bleibt, sollten wir überlegen, die institutionelle Struktur von »DIE LINKE hilft« auszubauen.

Zum einen sollten wir versuchen, die fachliche Bildung und Qualifizierung der Berater*innen kontinuierlich zu verbessern. Regelmäßige Bildungsangebote sind hierbei das eine; kurzfristige Möglichkeiten, mit anderen Berater*innen zu Einzelfällen Rücksprache zu nehmen und Unterstützung zu erhalten, das andere. Nicht zuletzt ist im Übrigen die unentgeltliche Rechtsberatung auch nach Rechtsdienstleistungsgesetz nur dann durch die örtlichen Beratungsstellen erlaubt, wenn diese unter regelmäßiger Anleitung – ein weiter Begriff – von Personen mit der Befähigung zum Richteramt erfolgt. Zum anderen sollten wir die institutionelle Struktur von »DIE LINKE hilft« in der Verknüpfung zur Partei stärken. Dass Beratungen dort, wo unsere Partei lokal präsent ist – ob über ein Büro, eine kommunale Fraktion oder ähnliches – für sozial oder rechtliche Ratsuchende angeboten werden, sollte noch in einigen Regionen mehr als bisher werden. Ein gewisser finanzieller Sockel für »Sozial- und Rechtshilfe« sollte ebenfalls Praxis einer solchen lokalen Struktur sein. Klar ist ebenfalls, dass skandalöse Fälle innerhalb der Beratungspraxis auch durch die politischen Mandatsträger*innen oder die Partei selbst medial bzw. in den demokratischen Gremien thematisiert werden sollten. Nicht zuletzt ist es aus unserer Sicht erforderlich, die bisherigen Sozial- und Rechtsberatungsangebote stärker mit örtlichen Initiativen zu verknüpfen sowie die Ratsuchenden selbst perspektivisch in Aktivitäten einzubeziehen.

Auch wenn Betroffene häufig selbst in einer schwierigen sozialen oder rechtlichen Lage sind, so sind sie doch fast immer bereit und in der Lage, solidarisch mitzuhelfen. Ob es die Möglichkeit ist, für andere Ratsuchenden bei Gesprächen zu übersetzen, sie bei einem Weg zur Behörde zu begleiten, einen Brief angemessen zu formulieren oder auch nur ein kleines Kaffee- oder Snackangebot zu organisieren – wir brauchen bei der solidarischen Selbsthilfestruktur prinzipiell alle für die gegenseitige Unterstützung. Und wir sollten offensiv Möglichkeiten suchen, wie der Paternalismus gegenüber den Betroffenen durch deren eigenes solidarisches Unterstützungshandeln zurückgedrängt werden kann. Denn ohne politische Reflexion darüber und die Mobilisierung dafür, die eigenen Interessen aktiv zu vertreten, bleiben auch die, denen durch Beratung geholfen werden kann, allein und beherrscht von dem Zwang der Verhältnisse – allein machen sie dich ein. Erst das gemeinsame Handeln macht sie stark. Und dafür sind wir da: DIE LINKE hilft.

Jörg Schindler

ist Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE.

»Eure Armut kotzt mich an«

Wie sozial Benachteiligte systematisch abgewertet werden

Von **Martin Bialluch**

»... unter der majestätischen Gleichheit des Gesetzes, das Reichen wie Armen verbietet, unter Brücken zu schlafen, auf den Straßen zu betteln und Brot zu stehlen.« **Anatole France**: Die rote Lilie, 1894

Eure Armut kotzt mich an. Dieser Satz ist als Aufkleber für Edelkarossen oder als T-Shirt erhältlich und bringt es drastisch auf den Punkt: Wer arm ist, der bekommt in dieser Gesellschaft keine Unterstützung oder Solidarität, sondern wird ausgegrenzt und verächtlich gemacht. Es gab bereits vor dem neoliberalen Sündenfall der Schröder-Sozialdemokratie in Deutschland böse Worte und klare Ansagen, wohin die sozialpolitische Reise hingehen soll: Bundeskanzler Helmut Kohl warnte in einer Regierungserklärung 1993 davor, Deutschland »als einen kollektiven Freizeitpark zu organisieren«. Wolfgang Schäuble (CDU), damals Fraktionsvorsitzender der Union, forderte »mehr Eigenverantwortung des Einzelnen, weniger soziale Hängematte.« Mit der Verschärfung der sozialen Spaltung wurde auch der Ton rauer. Seit Mitte der Siebzigerjahre wurde der zuvor geschätzte Sozialstaat von den Medien zum Auslaufmodell erklärt, das man sich angeblich wegen übertriebener Großzügigkeit und massenhaftem Leistungsmissbrauch nicht mehr leisten könne.¹

Die Sozialdemokraten kümmerten sich mit freundlicher Unterstützung der Grünen um den Teilabriss des Sozialstaates. Der Weg vom Rheinischen Kapitalismus, der sich im Systemwettbewerb mit dem »real existierenden Sozialismus« noch mit gewissen sozialen Errungenschaften brüstete, zum neoliberalen Wettbewerbsstaat, der sich nur noch um die Menschen kümmern wollte, die im globalen Wettbewerb vermeintlich nützlich sind, war kurz. Dazu gehörte der Teilabriss der Sozialsysteme: Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherungen, die die Menschen wirklich vor Armut schützen, galten als Ausdruck einer überkommene Vollkasko-Mentalität einer längst vergangenen Zeit. Diese konnte – oder besser gesagt wollte – man sich nicht mehr für alle leisten, stattdessen berief man sich auf »Eigenverantwortung«. Der Staat wurde vollends zur Beute der Reichen und Konzerne gemacht und ganz nach ihren Bedürfnissen umgestaltet. Es ist an sozialpolitischem Zynismus kaum zu überbieten, dass unter der rot-grünen Bundesregierung am 1. Januar 2005 mit Hartz IV Millionen Menschen Armut per Gesetz verordnet und gleichzeitig den Reichen eine Senkung des Spitzensteuersatz von 53 Prozent auf 42 Prozent geschenkt wurde.

Laut Armutsforscher Christoph Butterwege »war mit der Agenda-Politik ein sozialer Klimawandel verbunden, der Arme zum Objekt von Erniedrigung, Demütigung und Ausgrenzung machte.«² Solche drastischen Maßnahmen ließen sich besser verkaufen, wenn die Betroffenen selbst schuld seien und zudem zweifelhafte Charaktereigenschaften hätten. Von »Deutschlands frechstem Arbeitslosen« über »Florida-Rolf« haben »Sozialschmarotzer«-Legenden seit Jahrzehnten Konjunktur. Springers Hetzpresse, privates Trash-TV und auch so mancher Politiker präsentieren ein negatives Bild der armen Menschen in Deutschland: faul, ungebildet und undiszipliniert sind sie nicht ganz unverdient dort unten gelandet. Weil der Fehler nicht im System liegen darf, soll es eben an den Betroffenen liegen.

Bereits im Sommerloch 2003 nahm die Bildzeitung einen an Bauchspeicheldrüsenentzündung erkrankten Sozialhilfeempfänger in Miami Beach aufs Korn: Unter dem Titel »Er lacht uns alle aus!« hetzte die Bild gegen den »Sozialschnorrer Florida-Rolf«. Auf diese Hetze wurde von Seiten der Bundesregierung blitzschnell reagiert und die gesetzliche Grundlage geändert. Sozialministerin Ulla Schmidt (SPD) sorgte dafür, dass »Sozialhilfe unter Palmen« abgeschafft wurde. Springers Zentralorgan zeigte sich sieben Jahre später in dem Artikel »Was macht jetzt eigentlich Hartz-IV-Schmarotzer Florida-Rolf« äußerst zufrieden, dass der inzwischen Siebzigjährige in Berlin von der Grundsicherungsrente lebt und niedergeschlagen sei. Bei der Finanzkrise oder dem Cum-Ex-Skandal, die den Staat viele Milliarden gekostet haben, wartete man vergeblich auf eine schnelle und entschlossene Reaktionen des Gesetzgebers.

Es hat Arno D. nichts genutzt, dass er nicht am subtropischen Strand, sondern im kalten und regnerischen Hamburg wohnte. Er geriet trotzdem ins Visier der Bildzeitung, die ihn zu »Deutschlands frechstem Arbeitslosen« kürte: »So gammelt er sich durch den Tag: Dösen, abhängen, Bier trinken – seit 36 Jahren hat Arno D. (54) keine Arbeit. Und ist auch noch stolz darauf! Ganz Deutschland ist sauer auf Deutschlands frechtesten Arbeitslosen mit seinen dreisten Sprüchen.« Auch Guido Westerwelle, damaliger Außenminister und Vorsitzender der Partei der Besserverdienenden, leiste im Februar 2010 einen vielbeachteten Beitrag zur Hetze: »Es scheint in Deutschland nur noch Bezieher von Steuergeld zu geben, aber niemanden, der das alles erarbeitet. (...) Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spät-römischer Dekadenz ein.« Thilo Sarrazin bietet das Rundum-sorglos-Paket des Klassenhasses mit einer ordentlichen Extraportion Rassismus: Er hat mit seiner »Sarrazin-Diät« Hartz-IV-Beziehenden vorgerechnet, wie »wohlschmeckend und vollwertig« man für knapp unter vier Euro doch kochen könne und empfohlen, die Heizung runterzudrehen. Über Berlin sagte er, dass etwa zwanzig Prozent der Bevölkerung nicht ökonomisch gebraucht werden und

forderte die Streichung von Transferleistungen für Ausländer: »Die Türken erobern Deutschland [...] durch eine höhere Geburtenrate. [...] Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert. Das gilt für 70 Prozent der türkischen und 90 Prozent der arabischen Bevölkerung in Berlin.«

Da hilft es auch nichts mehr, dass das Springerblatt mit den längeren Artikeln in »Das Märchen vom faulen Hartz-IV-Empfänger« das damalige Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt, davor warnen lässt, anhand von Einzelfällen »ein Bild von Hartz-IV-Empfängern zu zeichnen, dass es nicht gibt«.³ Laut der aktuellen Mitte-Studie »Verlorene Mitte – Feindselige Zustände«, scheint diese Hetze ihre Wirkung zu entfalten:⁴ Es sind in der Bevölkerung zwar Vorurteile gegen einige gesellschaftliche Gruppe zurückgegangen, aber über die Hälfte der Befragten neigt zur Abwertung von Langzeitarbeitslosen (51,4 Prozent) und Asylsuchenden (52,9 Prozent). Obwohl die Zahl der Asylsuchenden rückläufig ist, hat die Abwertung ihnen gegenüber 2016 trotzdem zugenommen.

Es ist erschreckend, woran sich der »Volkszorn« entzünden lässt, wenn die Boulevardpresse ihre Schmutzkampagnen fährt: Da wird ein kranker Rentner am Strand von Florida zur Gefahr für den längst im Rückbau befindlichen Sozialstaat erklärt. Dass hingegen steuerbegünstigte Millionenerben und Steuerflüchtlinge jeder Couleur tatsächlich auf Kosten der Steuerzahlenden in tropischen Gefilden ihre Cocktails schlürfen, z.B. auf den Bahamas, einer Steueroase, wo sie auch ihr Geld »geparkt« haben, scheint deutlich weniger Menschen aufzuregen. Es scheint, dass es armen Menschen, anders als Reichen, sogar übel genommen wird, wenn sie staatliche Leistungen in Anspruch nehmen, die ihnen gesetzlich zustehen. Wann immer eine Vermögenssteuer diskutiert wird, wird von der veröffentlichten Meinung unvermeidlich vor Sozialneid gewarnt und um Mitgefühl für die Millionäre und Milliardäre geworben, die lediglich einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwohls entrichten sollen. Doch der von »oben« praktizierte Abwertung der Menschen am unteren Rand der Gesellschaft wird nicht immer mit geschlossener Gegenwehr der Betroffenen begegnet. Denn das Prinzip »Teile und herrsche« funktioniert: Wer unter schlechten Arbeitsbedingungen und zu miesen Löhnen schuftet muss, soll nicht auf seinen Chef, die Regierung oder den Kapitalismus sauer sein, sondern auf Hartz-IV-Beziehende, die ganz ohne Arbeit ein angeblich vergleichbares Einkommen erzielen würden. Die Bildzeitung ist ganz vorn dabei, wenn es darum geht, die Angehörigen der verschiedenen sozialen Gruppen gegeneinander auszuspielen. »Die große Hartz-IV-Debatte: Bin ich dumm, wenn ich noch arbeiten gehe?«, das sei laut Springers Boulevardschlachtschiff »die Frage, die sich Millionen

Arbeitnehmer stellen« müssten. Betroffen von dem »Mini-Abstand zwischen hart erarbeitetem Lohn und Hartz IV« seien vor allem schlecht ausgebildete Beschäftigte in einfachen Berufen wie z.B. Reinigungsgewerbe, Gastronomie, Wachschutz, Pflegedienste. Kein Gedanke wird dabei daran verschwendet, dass diese Berufe besser bezahlt werden müssten. Dieses gegenseitige Aufhetzen fruchtet auch, weil die Arbeiterklasse mit den Armen »weniger solidarisch (ist), als romantisierende linke Intellektuelle gern glauben würden. Aber die Arbeiterklasse ist, wenn sie nur über bescheidenen Wohlstand verfügt, eben nicht identisch mit den Armen. Und vor allem: Sie will es auch nicht sein. Nichts will sie weniger als das.«⁵

Der Hartz-IV-Regelsatz wurde von Anfang an künstlich kleingerechnet, weil man den Armen offensichtlich fast nichts gönnt, und soll dennoch das angebliche Existenzminimum darstellen. Doch selbst dieses geschrumpfte Existenzminimum wird nicht allen gegönnt: Für Geflüchtete gibt es nochmal 88 Euro weniger: 344 statt 432 Euro müssen für ihre Existenz reichen. Und sie sind damit nicht nur finanziell die Gruppe, auf die alle anderen herabschauen können. Horst Seehofer (CSU) befeuert dies seit Jahren mit besonderem »Engagement«: 2011 versprach er, sich »bis zur letzten Patrone« gegen »eine Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme« zu sträuben. Nach seinem Amtsantritt als Innenminister stellte er fest: »Der Islam gehört nicht zu Deutschland« und »die Migrationsfrage ist die Mutter aller politischen Probleme in diesem Land.« Robert Misik spricht von einer »zerrissenen Solidarität. Für den Arbeitslosen aus der weißen Arbeiterklasse sind die Migranten, die das soziale Netz in Anspruch nehmen, Konkurrenten um Transferleistungen; für den, der zwölf Stunden am Tag malocht und seine Steuern und Sozialbeiträge zahlt, sind sie die Verursacher seiner Abgabenglast.«⁶

DIE LINKE steht klar auf der Seite aller Betroffenen. Sie leistet mit den Hilfsangeboten nicht nur ganz praktische Unterstützung im Behördenschlingel. Sie steht zugleich für Solidarität, dafür, sich gemeinsam zu wehren, statt sich gegeneinander aufhetzen und spalten zu lassen.

¹ Christoph Butterwegge: Armut in einem reichen Land: Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird, S.216

² Christoph Butterwegge: »Der soziale Klimawandel«, <https://hinter-den-schlagzeilen.de/der-soziale-klimawandel-2>, redaktionell bearbeiteter Auszug aus Christoph Butterwegges Buch »Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland«

³ www.welt.de/wirtschaft/article115274008/Das-Maerchen-vom-faulen-Hartz-IV-Empfaenger.html

⁴ Andreas Zick / Beate Küpper / Wilhelm Berghan: Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter, www.fes.de/forum-berlin/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie

⁵ Robert Misik: Die falschen Freunde der einfachen Leute, S. 36–37

⁶ Robert Misik: Die falschen Freunde der einfachen Leute, S. 90–91

Von der Beratung zur Bewegung?

Von **Jan Schlemmermeyer**

DIE LINKE versteht sich als Motor sozialer Gerechtigkeit – und als der wird sie dringend gebraucht. Die Ungleichheit wächst und die Gesellschaft gerät in Bewegung. Allerdings haben die letzten Jahre auch gezeigt: Allein im Parlament wird sich kaum der Druck entwickeln lassen, der für eine Veränderung zum Besseren nötig ist. Mehr noch: An vielen Orten breitet sich die extreme Rechte aus. Oft in jenen Lücken, die Jahre von Kürzungspolitik und »schwarzer Null« in den gesellschaftlichen Zusammenhalt gerissen haben. Und die nächste Wirtschaftskrise kommt bestimmt. Die Frage ist daher: Wie kann sich DIE LINKE besser im Alltag der Menschen verankern – und ihren Gebrauchswert auch jenseits von Parlamenten und Medien unter Beweis stellen?

Die Frage ist wichtig, wenn man eine Stimme für DIE LINKE nicht nur als symbolische Geste verstehen will. Denn in der aktuellen Situation droht die Linke zwischen neoliberaler Mitte und extremer Rechter insgesamt mattgesetzt zu werden. Ohne Druck von der Straße ist vor diesem Hintergrund langfristig keine linke Politik zu machen. Das zeigt das Beispiel der Berliner Mietenproteste, die erst den Schwung für den gesetzlichen Mietendeckel auf Landesebene gebracht haben. Deswegen muss DIE LINKE auch außerhalb des Parlamentes als verbindende Partei wirken. Neben guten Kampagnen und einer Öffnung hin zu sozialen Bewegungen braucht es dafür nicht zuletzt eines: mehr Verankerung im Alltag. Dort, wo sich die sozialen Fragen in konkrete Probleme, Ängste und Nöte der Menschen übersetzen.

Wie geht das? Ein Teil der Antwort sind die Organizing-Projekte, die die Partei in sozialen Brennpunkten, also einkommensarmen Nachbarschaften, auf den Weg gebracht hat. Und natürlich die zahlreichen Angebote von »DIE LINKE hilft« selber. Einen anderen Teil zeigt ein Blick über den deutschen Tellerrand: Netzwerke in Südeuropa führen vor, wie aus Hilfe Gegenmacht werden kann. Das macht zum Beispiel das griechische Netzwerk »Solidarity 4 all« deutlich, das im Zuge der Finanzkrise entstanden ist. Dieses Netzwerk ging aus den Platzbesetzungen im Sommer 2011 hervor und hat damals den Anti-Troika-Protesten gegen die sozialen Folgen der EU-Kürzungspolitik eine neue Gestalt



Foto: Bianca Theis

gegeben. Es ging »darum, die Fähigkeit der Gesellschaft, sich zur Wehr zu setzen, zu erhalten. Konkret wurden in vielen Bereichen selbstorganisierte Strukturen aufgebaut: von der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern über Experimente solidarischer Ökonomie in selbstverwalteten Kooperativen bis hin zu Märkten ohne Mittelsmänner.«¹ Mit anderen Worten: Es ging um viel mehr als Hilfe und Beratung, nämlich darum, sich gemeinsam zu organisieren und Gegenmacht aufzubauen. All das kostet Geld: Hinter dem Netzwerk stand ein Verein, der von der LINKEN-Schwesterpartei Syriza finanziert wurde. Syriza hatte »Solidarity4All« als parteiunabhängigen Verein gegründet, der sich aus 20 Prozent der Mandatsträgerbezüge finanzierte und solidarische Projekte unterstützte. Warum diesen Weg nicht auch in Deutschland gehen? Wir könnten, angelehnt an das griechische Modell, Stellen und einen Kampagnenfonds in einem eigenständigen Verein finanzieren. Das Geld dafür könnte zum Beispiel aus den – von der LINKEN ohnehin abgelehnten – regelmäßigen Diätenerhöhungen der Abgeordneten kommen.

Gibt es so etwas nicht längst, könnte man jetzt zu Recht einwenden. Denn Bundestagsabgeordnete der LINKEN haben in der letzten Legislaturperiode immerhin 700.000 Euro gespendet. Diätenerhöhungen gingen bereits an SOS-Kinderdörfer. Auch ein Verein der Bundestagsfraktion spendet regelmäßig für gemeinnützige Zwecke. Doch die finanzielle Unterstützung von Kegelsport- und Fußballvereinen bleibt karikative Hilfe. Sie ist oft nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Aufbau von Gegenmacht geht anders. Die Ressourcen könnten genutzt werden, um Projekte anzustoßen, ihre Verbreitung

zu unterstützen und ihre Professionalisierung zu begleiten – für den Aufbau dauerhafter Verbindungen von Unterstützung im Alltag, Bildungsarbeit und politischer Organisation, zum Beispiel in Auseinandersetzungen um steigende Mieten, mit Jobcentern, für die Selbstorganisation von Jugendlichen und Geflüchteten und für Re-Kommunalisierungs-Initiativen. Keine Wohltätigkeit, sondern Projekte, die in Stadt wie Land einen Unterschied machen, Lebensqualität durch Solidarität im Alltag verbessern und gemeinsam die (Selbst-)Organisation stärken. Es geht um viel mehr als Geld, es geht um eine Strategie, um die vielen wichtigen Projekte von Beratung und Hilfe systematisch in den Aufbau von Gegenmacht einzubeziehen².

So könnte das konkret aussehen:

- Die Sozialberatungen im Rahmen von »DIE LINKE hilft« werden ausgebaut und intensiver mit Schulungen begleitet, um neben dem Fachwissen Kompetenzen zu entwickeln, wie Menschen über eine Beratung hinaus langfristig für gemeinsames Handeln gewonnen werden können. Mögliche Anknüpfungspunkte könnten zum Beispiel an Hartz-IV-Beratungen angeschlossene Einladungen zum regelmäßigen Stadtteilfrühstück sein, auf denen sich über gemeinsame Strategien im Umgang mit dem Jobcenter, über Veränderungen im Kiez oder anstehende politische Aktionen ausgetauscht wird. Auch das erfolgreich durch Crowdfunding finanzierte Projekt »Sanktionsfrei« könnte dort vorgestellt werden.
- Im Anschluss an die Erfahrungen offener Abgeordnetenbüros, zum Beispiel in Thüringen und Sachsen und vieler Kreisverbände bundesweit, könnten die Büros zu neuen Knotenpunkten werden, etwa als offene Internetcafés und Räume für Treffen.
- Auch einzelne Projekte außerhalb der Partei könnten dann systematisch unterstützt werden, zum Beispiel »Zwangsräumungen verhindern« oder die vielen Hilfsinitiativen, die sich seit 2015 darum bemühen, dass hier ankommende Menschen Solidarität erfahren.
- Das methodische Wissen, um Sozialberatungen und solidarische Alltagspraxis mit organisierenden Perspektiven zu verbinden, könnte über Workshops in einer »Akademie der Solidarität« organisiert werden, zum Beispiel in Zusammenarbeit des Vereins mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Auch eine Plattform, die dieses Wissen aufbereitet, um anderen die Arbeit zu erleichtern, wäre denkbar.
- Bei Regionalkonferenzen könnten das Wissen, die Bedürfnisse und die Energie unterschiedlicher Bewegungsakteure, die die Folgen des Neoliberalismus bearbeiten, konkret zusammen gebracht werden. Initiativen, die es dazu inner- und außerhalb der Partei gibt, könnten so gestärkt und gemeinsame Handlungsperspektiven erarbeitet werden, zum Beispiel für Sozialtickets, kostenlosen Nahverkehr oder Sondertarife für Menschen in Altersarmut bei kommunalen Stadtwerken.



Foto: Martin Heinlein

Natürlich gibt es für DIE LINKE andere »offene« Baustellen. Und es gibt die Gefahr, sich im Klein-Klein der Organisation im Alltag »zu verlieren«. Diese Gefahr ist bei einer Partei mit Parlamentsfraktionen, regelmäßigen Wahlkämpfen und eigenständigen Kampagnen allerdings begrenzt. Umgekehrt besteht eine stärkere Tendenz, sich in den ausgetretenen Pfaden des bürgerlichen Politikbetriebs zu bewegen, beschäftigt mit wichtigen Talkshows und richtigen, aber oft wirkungslosen Anträgen. Immer ist die Herausforderung Einzelforderungen in die Perspektive gesamtgesellschaftlicher Veränderung einzubetten. Der Aufbau einer Solidaritätsstruktur könnte da einen Unterschied machen – auch im Selbstverständnis.

Denn so eine Struktur würde zeigen, dass DIE LINKE es mit der Feststellung, dass Veränderung nicht allein über Parteien und Parlamente funktioniert, ernst meint – und auch bereit ist, Ressourcen für entsprechende Selbstorganisationsprozesse zur Verfügung zu stellen. Hier können systematische Vernetzung, kontinuierlicher Austausch und gegenseitige Unterstützung einen praktischen Nutzen entfalten und zugleich eine Grundlage für Bewegungen gegen Spaltung und Ausgrenzung legen. Das ist eine Bedingung dafür, die Kräfteverhältnisse wieder nach links zu verschieben und den Rechten langfristig das Wasser abzugraben. So könnte eine neue Verbindung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Politik gelingen.

¹ Vgl. www.zeitschrift-luxemburg.de/mehr-als-helfen-und-organisieren-von-solidarity-for-all-zum-aufbau-materieller-macht

² Siehe dazu »Von der Sozialberatung zur Organisation der Betroffenen« in dieser Broschüre, Seite 26.

Praxis

Wie baue ich eine LINKE Sozialberatung auf?

Eine Anleitung in sechs Schritten. Von *Inva Halili*

Du überlegst schon länger, wie Du Menschen in Deiner Nachbarschaft ganz konkret bei der Lösung ihrer alltäglichen Probleme unterstützen kannst? Wie Du eine LINKE Sozialberatung aufbauen kannst, die bei Auseinandersetzungen mit den Behörden mehr hilft als das beste Parteiprogramm? Aber Du weißt nicht wo Du anfangen sollst und was dabei zu beachten ist? Dieser Beitrag soll Dir die sechs Schritte aufzeigen, um den Ball ins Rollen zu bringen.

Damit Deine Bemühungen auch von Erfolg gekrönt sind, lohnt es sich systematisch vorzugehen und vorab eine Checkliste mit wichtigen Punkten abzarbeiten, um einen Überblick über alle Dir zur Verfügung stehenden Ressourcen zu haben. Welche Beratung wird gebraucht? Wer soll das machen? Wo soll sie stattfinden? Welche konkreten Angebote sollen daraus entstehen? Wie sieht es mit der Finanzierung aus? Es ist empfehlenswert, zunächst die Voraussetzungen zu klären, unter denen diese Beratung stattfinden soll: Du musst eine Bedarfs- und Ressourcenanalyse machen.

Schritt 1: Welche Beratung?

Der erste Schritt ist herauszufinden, was vor Ort gebraucht wird. Egal ob im Kreisverband, im Stadtteil, im Dorf oder im Kiez – es lohnt sich, die Beratungssituation vor Ort genauer unter die Lupe zu nehmen: Gibt es genügend Beratungsstellen oder fehlen wichtige Angebote? Welche Art von Beratungen brauchen die Menschen? Eine Einstiegsberatung für alle Bereiche der sozialen Sicherung oder womöglich eine spezielle Rechtsberatung zum Beispiel zu Hartz IV, Mieten oder anderen Themen? Welche Beratungen gibt es bereits, welche fehlen? Gibt es spezielle Bedürfnisse oder Probleme vor Ort, an die man anknüpfen kann? Willst Du ratsuchende Menschen an bestehende Rechtsberatungen vermitteln oder lieber mit anderen Vereinen und Selbsthilfegruppen kooperieren?

Schritt 2: Geld

Wenn es konkreter wird, welche Beratung Du anbieten möchtest, dann ist es an der Zeit, andere Aspekte in Deine Analyse einzubeziehen. Welche finanziellen Mittel stehen Dir zur Verfügung? Wie oft sollte die Beratung stattfinden? Wie schätzt Du den Bedarf vor Ort ein? Mach Dir einen guten Plan von Deinem

Vorhaben und wende Dich damit an die Landes- und Kreisverbände der Partei oder an Bundestagsabgeordnete, die ihre Büros in der Nähe haben. Geld ist in der Regel knapp und eher selten gibt es für »DIE LINKE hilft«-Beratungen zentral organisierte Unterstützung von den Landesverbänden. Aber fragen kostet erst mal nichts – und wer weiß, vielleicht überzeugst Du mit Deiner Idee? Aber: auch wenn es kein Geld gibt, sind Deine Ideen deshalb nicht schlecht. Es gibt übrigens einiges, was man auch fast oder ganz ohne Geld organisieren kann: Fang mit niedrigschwelligen Angeboten an.

Schritt 3: Berater/in

Der nächste wichtige Schritt: Wer berät? Das ist auch deshalb wichtig, weil die beratende Person das Gesicht nach außen sein wird, das auch mit der Partei assoziiert wird. Du solltest Dich mit der beratenden Person – falls sie nicht aus dem Parteilumfeld kommt – zusammensetzen und zumindest einmal darüber gesprochen haben, was das bedeutet. Weitere Fragen sind: Arbeite ich mit Rechtsanwältinnen zusammen? Will ich nur niedrigschwellige Beratungsangebote machen, die durch kompetente Genossinnen übernommen werden können? Bei all diesen Möglichkeiten ist es wichtig, auch an Aufwandsentschädigungen zu denken, sollten die finanziellen Mittel bereits da sein. Das Wichtigste jedoch ist, dass Beraterinnen vor allem inhaltliche und methodische Kompetenz mitbringen. Denn um eine Beratung kompetent durchzuführen, gehört viel mehr dazu als nur Fachwissen. Der Erfolg dieser Beratungen steht und fällt nämlich mit der Kommunikationskompetenz.

Schritt 4: Raum und Örtlichkeit

So weit, so gut. Nun musst Du die Räumlichkeiten, in denen die Beratung stattfinden soll, organisieren. Gibt es eine Kreisgeschäftsstelle oder ein Wahlkreisbüro der LINKEN in der Nähe? Es lohnt sich, diese Beratungen in unseren Räumlichkeiten zu machen, da sie in den meisten Fällen kostenlos genutzt werden können. Zum anderen – und das ist wichtiger – sind sie ein passender Ort, um uns als Partei erlebbar zu machen. Dieser Raum sollte zudem eine ruhige und vertraute Atmosphäre bieten, denn die Ratsuchenden sollen sich wohl fühlen und nicht wie beim Jobcenter. Es ist zudem gut, einen Warteraum zu haben, Kaffee und Tee sorgen auch für Gemütlichkeit. Und Infomaterial von der LINKEN im Warteraum schadet auch nicht. Das Wichtigste jedoch: Die Beratung sollte am besten zu einer Uhrzeit angeboten werden, an der kein Publikumsverkehr stattfindet oder zumindest wenig Menschen stören.

Schritt 5: Öffentlichkeitsarbeit

Mit guter Öffentlichkeitsarbeit schaffst Du es, die Beratung und den Beratungstermin bekannt zu machen: Du kannst eure Beratung auf der Webseite der Bundespartei in die Liste der Sozialberatungsstellen der Partei einge-



Foto: Jakob Huber

tragen lassen und in der Bundesgeschäftsstelle kostenlose »DIE LINKE-hilft« Plakate bestellen. Außerdem kannst Du die Beratung über die Website und Soziale Netzwerke und mit dem klassischen Flyer bewerben, den Du bei Jobcenter-Aktionen oder anderen Aktivitäten verteilen kannst. Genauere Informationen findest Du in dem Artikel »Öffentlichkeitsarbeit: Die beste Beratung nützt nichts, wenn niemand davon weiß« auf Seite 50 in diesem Handbuch.

Schritt 6: Wie weiter?

Für das gute Leben ohne Ärger mit Behörden, für das gute Leben ohne Sanktionen und Existenzsorgen – dafür kämpfen wir. Mit dieser Beratung willst Du eine Kultur des gegenseitigen Helfens etablieren. Du willst aber auch DIE LINKE als wichtigen gesellschaftlichen Akteur wahrnehmbar und erlebbar machen. Das gute Leben zu erreichen, dafür brauchen wir viele Mitstreiter/innen und müssen Möglichkeiten zum Mitmachen schaffen. Dafür brauchst Du konkrete Angebote:

Wie weiter? – Konkrete Angebote:

- Kontaktliste: Ich will mitmachen, Gesprächspartner/innen immer fragen und eintragen
- Ämterbegleitung, Frühstück
- Offene Sprechstunde mit Rechtsanwälten
- Übersicht von Unterstützungsangeboten vor Ort
- Hartz-IV-Rechner
- Schulungen, Abendkurse

Zu guter Letzt: Wenn Du noch Fragen hast, wende Dich an andere Genossen/innen und Mitstreitende aus der Praxis, sie haben die Erfahrung und teilen sie gern mit Dir.

Der feine Unterschied – Sozialberatung und Rechtsberatung

Von **Elias-Alexander Stück**, Linke Hilfe Wiesbaden e.V.

Für fast alle Beratungen stellt sich bereits zu Beginn eine wichtige Frage: Wie nennen wir unser Angebot? Die meistverwendete Bezeichnung lautet Sozialberatung. Dieser juristisch nicht eindeutig definierte Begriff umfasst alle allgemeinen Auskünfte zu den Rechten, Pflichten und Leistungen der Sozialleistungsträger und der Betroffenen. In einer Sozialberatung darf rechtlich betrachtet jedoch keine Einzelfallbewertung der juristischen Angelegenheit vorgenommen werden, da es sich ansonsten um eine Rechtsberatung nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG) § 6 handelt. Dieses Gesetz regelt außergerichtliche Rechtsdienstleistungen und fordert, dass eine Rechtsberatung nur durch Volljuristen oder zumindest unter ihrer Anleitung durchgeführt werden darf. Tatsächlich kommen die Menschen jedoch meistens wegen einem ganz konkreten Problem zur Beratung und erwarten, dass ihnen bei der Lösung geholfen wird. Dadurch können die Grenzen zwischen Sozialberatung und Rechtsberatung verschwimmen.

Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG)

§ 6 Unentgeltliche Rechtsdienstleistungen

(1) Erlaubt sind Rechtsdienstleistungen, die nicht im Zusammenhang mit einer entgeltlichen Tätigkeit stehen (unentgeltliche Rechtsdienstleistungen).

(2) Wer unentgeltliche Rechtsdienstleistungen außerhalb familiärer, nachbarschaftlicher oder ähnlich enger persönlicher Beziehungen erbringt, muss sicherstellen, dass die Rechtsdienstleistung durch eine Person, der die entgeltliche Erbringung dieser Rechtsdienstleistung erlaubt ist, durch eine Person mit Befähigung zum Richteramt oder unter Anleitung einer solchen Person erfolgt.

Anleitung erfordert eine an Umfang und Inhalt der zu erbringenden Rechtsdienstleistungen ausgerichtete Einweisung und Fortbildung sowie eine Mitwirkung bei der Erbringung der Rechtsdienstleistung, soweit dies im Einzelfall erforderlich ist.

Was auf den ersten Blick wie eine schwer überwindbare Hürde aussieht, entpuppt sich in der Praxis nur selten als Problem. Denn wir haben Anwältinnen und Anwälte unter unseren Parteimitgliedern, die Genossinnen und Genossen bei der Rechtsberatung »anleiten« können. Durch diese »Anleitung« wird sichergestellt, dass dem Gesetz genüge getan wird. Zudem gibt es deutschlandweit Rechtsschulungen, deren Teilnahmebestätigungen den Anforderungen des RDG entsprechen. Doch selbst wenn dem nicht so wäre und eine Rechtsberatung ganz ohne die Mitwirkung von Volljuristen stattfinden sollte, sind die Folgen überschaubar: Das Rechtsdienstleistungsgesetz sieht für unentgeltliche Rechtsberatung keine Strafen vor. Das Schlimmste, was passieren könnte, wäre ein Verbot der Ausübung von Rechtsdienstleistungen für maximal fünf Jahre (§ 9 RDG) sowie ein Bußgeld bei Zuwiderhandlung. Im August 2018 wurden genau zwei Personen und einer Vereinigung in Deutschland die Erbringung von Rechtsdienstleistungen untersagt. Zudem entstehen aus einer Falschberatung weder gegen die Beratenden noch gegen die Partei Schadenersatzansprüche.

Die rechtliche Lage sollte jedoch niemand dazu ermutigen, wild drauf los zu beraten. Denn jede Falschberatung kann für die Betroffenen existenzbedrohend und für die Beratungsstelle und die Partei rufschädigend sein. Sicherheitshalber empfehlen wir zudem, in Publikationen rechtlich neutrale Formulierungen wie »Hilfe zur Selbsthilfe« oder »Sozialberatung unter anwaltlicher Anleitung« zu verwenden. Wir beraten nach bestem Wissen und Gewissen um den Menschen zu helfen, nicht um ihnen zu schaden. Wie es das Motto »DIE LINKE hilft« auf den Punkt bringt.



Foto: Martin Heintlein

Von Einzelfallberatung zum gemeinsamen kommunalpolitischen Handeln

Von **Robert Schwedt**, DIE LINKE. BAG Hartz IV

Linke Kommunalpolitiker erhalten aus der Rechtsberatung für Langzeitarbeitslose wichtige Anregungen. Alle linken Fraktionen in Landkreisen und kreisfreien Städten haben mehr oder weniger mit der Arbeit der Jobcenter in ihren Kommunen zu tun. Der politische Einfluss ist jedoch begrenzt: In den meisten Kommunen¹ gibt es die »Gemeinsame Einrichtung«, an der neben der Kommune die Bundesagentur für Arbeit beteiligt ist. Hier läuft die politische Beteiligung in der Regel nur über den Jobcenter-Beirat, dem neben Vertreter*innen der politischen Fraktionen auch solche der arbeitsmarktpolitischen Akteure angehören, darunter sind die Kammern, Gewerkschaften und z.T. die Wohlfahrtsverbände. Linke Politik über den Beirat auszuüben, ist jedoch nicht einfach. Es handelt sich um ein beratendes Gremium, das in erster Linie arbeitsmarktpolitische Themen bespricht. Die alltägliche Arbeit des Jobcenters spielt hingegen leider kaum eine Rolle.

Ein wirkungsvolleres Instrument, um zum Beispiel Fehler in der Arbeit des Jobcenters aufzudecken, sind Anfragen an Oberbürgermeister oder Landrate und die jeweilige Jobcenter-Geschäftsführung. So konnte die Linksfraktion im Städteregionstag Aachen in den letzten Jahren in Kooperation mit der linken Sozialberatung vor Ort zahlreiche aufschlussreiche Antworten zu den Problemen erhalten, mit denen die Beratungsstellen von den Leistungsberechtigten überhäuft werden. Zudem suchten wir zusammen regelmäßig das Gespräch mit der Geschäftsführung bzw. den Mitarbeiter*innen der Geschäftsstellen, um Missstände direkt anzusprechen.

Besonders oft handelt es sich dabei um die Frage der Übernahme der Kosten der Unterkunft, das heißt Kaltmiete und Nebenkosten sowie die Ausgaben für Heizung. Hierbei stellen wir oft fest, dass nach offizieller Aussage großzügiger verfahren werden sollte, als es die Sachbearbeiter*innen im Einzelfall tatsächlich tun. Am besten wäre es ohnehin, man würde die Leistungsberechtigten in Ruhe lassen. Die von der Verwaltung beschlossenen Obergrenzen zur Mietkostenübernahme erweisen sich oft als überholt. Aus

diesem Grunde hatte DIE LINKE vor zwei Jahren beantragt, auf Kostensenkungsverfahren zu verzichten, die bislang dann eintreten, wenn die tatsächliche Miete höher als die sogenannte angemessene Miete ist. Dabei wurde die Fraktion von Partei und Sozialberatung unterstützt. Zwar fand der Antrag der LINKEN die Unterstützung der anderen Parteien, denen der Wohnungsmangel nicht entgangen war. Aber der Städteregionsrat (entspricht einem Landrat) fand Mittel und Wege, den politischen Beschluss zu unterlaufen.

Ein weiterer Streitpunkt in Aachen war die Frage, ob die Einreichung von Schriftstücken vom Jobcenter bestätigt wird oder nicht und wenn ja, in welcher Form. Manche Geschäftsstellen haben das Problem inzwischen eingesehen und handeln korrekt. In anderen Jobcentern verschwinden hingegen immer noch Schriftstücke, was zu Nachteilen für Leistungsberechtigte führt. Politischer Druck seitens unserer Fraktionen ist sinnvoll und kann etwas für die Betroffenen verbessern.

Es gibt noch weitere Themen, die wir in die Stadträte und Kreistage einbringen können. Als Beispiele sind zu nennen:

- Preissenkung bei den oftmals zu teuren Sozialtickets für den öffentlichen Nahverkehr
- Einführung von Stromsozialtarifen und Verzicht auf Stromsperren durch die öffentlichen Versorgungsgesellschaften.
- Einrichtung einer Ombudsstelle für das Jobcenter. Diese soll als Anlaufstelle für Menschen dienen, die vom Jobcenter ungerecht behandelt werden.

Hier können die linken Fraktionen mit der Partei und linken Beratungsstellen öffentlichkeitswirksam zusammenarbeiten – sei es durch das Verteilen von Flyern vor den Jobcenter-Geschäftsstellen oder mit Bodenzeitungen in den Innenstädten.

¹ Im Gegensatz dazu sind in den sogenannten Optionskommunen die Gebietskörperschaften alleine für die Grundsicherung nach dem SGB II zuständig.

Von der Sozialberatung zur Organisierung der Betroffenen

Von **Robert Maruschke**

Eine zentrale Feststellung aus einem halben Jahrzehnt Beratungspraxis vorneweg: Egal was wir auch machen, ob wir mit SGB-II-Zitaten um uns werfen und im Wochentakt Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz stellen – Jobcenter und Gerichte werden das Hartz-IV-Regime nicht infrage stellen, geschweige denn abschaffen. Wenn eine sozialistische Beratungspraxis mehr sein will als die zahlreichen karikativen Angebote der Kirche, muss sie zwingend über die von Jobcenter und Sozialgerichten gesetzten Regeln hinaus gehen. Was aber genau sollen, was können linke Sozialberatungen leisten?

Kein anderer Ansatz linker Politik bietet so gute Voraussetzungen für eine massenhafte und durchsetzungsstarke Organisierung der prekären und vielfältigen Arbeiterklasse wie linke Sozialberatungen. Der Kapitalismus und die bürgerliche Demokratie bieten diesem Teil der Arbeiterklasse keine Zukunft, nicht mal in Zeiten des Wirtschaftsbooms zeichnet sich auch nur die geringste Verbesserung ihrer Lebensbedingungen am Horizont ab. Gleichzeitig würden diese zehn Millionen Menschen wie kein anderer Teil der Arbeiterklasse von anderen, besseren Verhältnissen profitieren.

Durch kollektive Beratung und Begleitungen zu Jobcentern und Sozialgerichten setzen wir schon jetzt viele Rechtsansprüche durch, die den Einzelnen sonst versagt worden wären. Wie die Durchsetzung der Rechtsansprüche können auch politische Veränderungen gemeinsam erkämpft werden, wenn wir uns zusammentun. Sozialberatungen können der Ort sein, in dem wir wieder lernen, dass wir nicht alleine sind und dass wir zusammen mehr erreichen können als wir uns alleine jemals hätten träumen lassen.

Denn Hartz IV ist für Menschen außerhalb der Parlamente und Universitäten kein abstraktes, theoretisches Problem des Sozialstaats. Für die Betroffenen ist es tägliche Not, Existenzangst, Erniedrigung und Ausgrenzung. Es ist ein Problem verlorener Menschlichkeit und existenzieller, alltäglicher Notlagen. Wir fühlen uns allein und merken nicht, dass neben uns noch mindestens ein Viertel der Bevölkerung in Armut lebt – in manchen Regionen noch viel mehr.

Wenn wir an dieser Erfahrung ansetzen, eine politische Vision und einfache Möglichkeiten zum Mitmachen anbieten, werden viele Interesse zeigen und



Foto: Martin Heinen

sich beteiligen. Sie werden insbesondere dann mitmachen, wenn wir einen überzeugenden und verständlichen Plan für eine wachsende und kämpfende Erwerbslosenorganisation haben. Hier ein Vorschlag:

1. Sozialberatung als kollektive Bewusstseinsbildung und Organisierungsgespräch nutzen! Lernt von der Person, die euch gegenüber sitzt: In welcher Situation ist sie? Wie geht es ihr damit? Was ist das rechtliche Problem?

Mehr zuhören als selber reden, ist zentral für eure Organisierung. Wenn ihr Menschen ernst nehmt und interessiert seid, baut ihr nach und nach gegenseitiges Vertrauen auf, was eine gemeinsame Politik erst möglich macht. Zudem könnt ihr in das Gespräch einflechten, dass ein Widerspruch gegen einen Bescheid zwar kurzfristig richtig ist, aber das Problem langfristig nicht lösen wird.

Beispiele:

*»Wieso bist du hier? Wie war der Termin bei der/dem Sachbearbeiter*in für dich? Wie geht es dir damit? Hast du schon mit Familie, Freunden oder Bekannten darüber geredet? Was sagen die dazu? In dieser Stadt beziehen 700 000 Menschen staatliche Leistungen wie Hartz IV, es fehlen hunderttausende gut bezahlte Jobs. Und mit dieser Sanktion tun sie so, also ob du daran Schuld bist, das ist einfach nicht ok. Ich freue mich das du hier bist!«*

2. Hoffnung ist ansteckend! Wenn wir selbst nicht daran glauben, dass eine bessere Welt möglich ist, werden wir andere nicht dafür begeistern. Was also ist eure Vision und wofür kämpft ihr?

Beispiel:

*»Wir glauben, dass Arbeiter*innen und Erwerbslose im Jobcenter gegeneinander ausgespielt werden und halten das für ungerecht. Wir setzen uns dafür ein, dass niemand in Armut leben muss – egal ob mit oder ohne Arbeit.«*

3. Ein konkreter Plan ermöglicht eine wachsende Organisation! Mit einem solchen Plan verlieren wir uns nicht in tagespolitischen Verwerfungen und können potenziellen Mitstreiter*innen verständlich vermitteln, was unser Ziel ist und wie wir es erreichen wollen. Sprecht im Anschluss an die Beratung, im Jobcenter oder beim Maßnahmeträger die Leute an und macht deutlich: Ohne sie werden wir nichts erreichen, sie sind der entscheidende Baustein zum Erfolg.

Beispiel:

»Wir wollen bis zum Juni den Druck auf die Sozialdezernentin erhöhen, damit die vollen Mietkosten übernommen werden. Unsere Initiative will in diesem Monat mit 100 Erwerbslosen Gespräche führen und fragen was sie beschäftigt und sie einladen mitzumachen. Uns ist klargeworden, dass wir Dinge nur durchsetzen können, wenn wir uns zusammenschließen. Willst du mitmachen?«

4. Ohne Telefonnummer geht nichts! Ihr solltet unbedingt die Telefonnummer eures Gegenübers erfragen und sie/ihn telefonisch zum nächsten Treffen einladen! Erfahrungsgemäß kommen sehr viel mehr Leute zu den Treffen, wenn ihr sie noch mal persönlich anruft. Aber auch die, die nicht kommen, euer Anliegen aber gut finden, können Teil eurer Organisation sein. Haltet sie dafür auf dem Laufenden. Bewahrt die Liste mit den Kontakten sicher auf.

Beispiel:

»Würdest du mir deine Telefonnummer geben? Dann kann ich dich zum nächsten Treffen einladen und dich auch so auf Stand halten.«

5. Macht kurze und produktive Treffen, dann kommen Leute gerne wieder! Eine Stunde reicht. Begrüßt alle die ankommen persönlich. Erklärt zu Beginn, was das Ziel dieses Treffens ist und lasst dann alle Anwesenden direkt zu Wort kommen. Entscheidet euch gemeinsam für ein gemeinsames Projekt/Mini-Kampagne und vereinbart die nächsten Schritte. Verteilt Aufgaben unter denen, die die nötige Zeit und Erfahrung haben. Lange Monologe, allgemein gehaltene Phrasen und unstrukturiertes Auftreten sind Gift für eure Treffen.

6. Steigert eure Aktionen Schritt für Schritt: Geplante Eskalation! Wenn ihr beispielsweise ein/e Mitstreiter*in aus einer Maßnahme rausbekommen und Druck auf den Träger aufbauen wollt, solltet ihr klein anfangen und überprüfen, wie viele Leute ihr mobilisieren könnt. Steigert den Druck, und versucht zum Abschluss einen deutliches Ausrufezeichen zu setzen.

Beispiel:

Februar:

- 50 Organisierende Gespräche-Begleitung mit 5 Leuten zu Jobcentertermin am 26. Februar, um Maßnahme abzuwenden

März:

- Begleitung 5. März zum ersten Termin beim Maßnahmeträger.
- 20 Organisierende Gespräche
- Überraschungsbesuch Sozialdezernentin 19. März + begleitende Pressearbeit
- Verhandlungsangebot an Geschäftsführer des Maßnahmeträgers

April:

- Besuch Maßnahmeträger 8. April mit 60 Mitstreiter*innen. Große Solidarisierungen, die Aktion ist erfolgreich, wir gewinnen!
- Party!

7. Die Organisation verbreitern! Während eurer Mini-Kampagne werden viele Ideen für die Zukunft entstanden sein. Jetzt ist die Zeit gekommen, feste Arbeitsbereiche mit entsprechenden personellen Verantwortlichkeiten zu benennen. Die Kontinuität der Arbeit muss von einem Kern von Aktiven abgesichert werden, der stetig versucht dafür zu sorgen, dass neue Leute aus der Beratung in diese Aufgaben hineinwachsen können.

Der Sozialkompass

Interview mit **Sascha H. Wagner**



Sascha, die Linksfraktion im Kreistag Wesel hat gerade die zweite Auflage der Broschüre »Sozialkompass, Hilfe, Vergünstigungen und Beratung im Kreis Wesel« herausgebracht. Warum war die erste Auflage so schnell vergriffen?

Das Interesse hat unsere Erwartungen übertroffen. Wir haben den Sozialkompass zuerst im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt und in den sozialen Netzwerken beworben. Danach haben wir den Ortsverbänden in unserem Kreisverband jeweils eine große Anzahl für ihre Infostand-Aktionen zur Verfügung gestellt, damit der Sozialkompass verbreitet wurde. Aber schon nach den Berichten in den Medien häuften sich die Nachfragen wegen dem Sozialkompass. Die Leute riefen an oder besuchten unsere Geschäftsstelle. Inzwischen arbeiten wir schon an der dritten Auflage.

Wie seid Ihr in der Bereitstellung solcher Kontakte vorgegangen?

Wir haben zunächst eine Gliederung vorgenommen und geschaut, welche Bereiche wir abdecken wollten. Dann haben wir im Internet die verschiedenen Angebote recherchiert und zusammengetragen. Dies hat einige Wochen gedauert, aber dadurch hatten wir einen ersten guten Grundstock an Informationen. Bei der zweiten Ausgabe lagen uns schon Rückmeldungen aus den Verbänden vor, die uns von sich aus Aktualisierungen gemeldet hatten, wie veränderte Öffnungszeiten oder Beratungsangebote. Dann haben wir einen umfangreichen E-Mail-Verteiler erstellt, indem wir die Adressen aller Institutionen gesammelt haben. Mit diesem Verteiler arbeiten wir nun und können damit regelmäßige Abfragen flächendeckend durchführen. Die Rückmeldungen waren überaus positiv. Inzwischen liegt der Sozialkompass bei Sozialkaufhäusern und Beratungsstellen im Kreis Wesel aus und sogar Berufsschulen mit sozialen Bildungsgängen wollen regelmäßig welche haben. Darüber hinaus bekommen alle Institutionen von uns auch Weihnachtsgrüße und thematische Informationen aus unserer Fraktionsarbeit, wie fachbezogene Pressemitteilungen, Anfragen und Anträge, zur Kenntnis. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Netzwerk- und Bündnisarbeit in andere Spektren hinein.

Welche Probleme gab es bei der Erstellung der Broschüre?

Die größte Schwierigkeit war eigentlich die Politik des hiesigen Jamaika-Bündnisses aus CDU, FDP/VWG und Grünen, deren radikaler Kürzungskurs

auch die Trägerlandschaft und damit viele Beratungsangebote traf. Dadurch sind manche im Kompass aufgeführten Angebote weggefallen. In der zweiten Ausgabe haben wir dies dann auch erwähnt und die Verantwortlichen im Vorwort kritisiert.

Was ist Euch mit dieser Broschüre besonders gelungen?

Es ist vermutlich das breite Angebot, was den Sozialkompass so beliebt macht. Er ist auch bei unseren regelmäßigen Sozialberatungen des Kreisverbandes erhältlich und wird weiterempfohlen. Angefangen von den Sozialkaufhäusern, Tafeln, Ermäßigungen bis hin zu Kontaktdaten von Gewerkschaften, Tierheimen oder der Schuldnerberatungs- oder Verbraucherschutzstellen ist auf 58 Seiten so ziemlich für alle Lebensbereiche etwas dabei. Gerade die Angebote zu Gesundheitsfragen, wie Demenzberatungsstellen oder auch der AIDS-Hilfe oder lokaler Queer-Gruppen und Hilfestellung für Jugendliche, Frauen und Familien, erfreuen sich leider großer Beliebtheit.

Was würdet Ihr besser machen?

Zunächst einmal ist es aus unserer Sicht traurig, dass eine solche Broschüre überhaupt nötig ist. Wichtig ist, dass man dranbleibt, wenn man ein solches Projekt anfängt. Man muss genau im Blick behalten, was sich in der Trägerlandschaft im Kreis oder der Stadt ändert, um die Broschüre fortlaufend zu aktualisieren. Bei 13 Kommunen im Landkreis eine nicht ganz leichte Aufgabe, aber eine die sich lohnt. Es ist natürlich mit knappen personellen Ressourcen nicht leicht, so etwas zu stemmen. Man muss jedoch den politischen Willen dazu haben. Nur Anträge zu einer solchen Thematik zu stellen, reicht allein nicht aus. Die anderen Parteien haben kein Interesse daran, die Menschen in ihrem Alltag auf Augenhöhe zu unterstützen. Wir müssen als LINKE selbst tätig werden, und den Gebrauchswert linker Kommunalpolitik zeigen und für die Menschen erlebbar machen. Denn das langfristige Ziel muss es doch sein, dass solche Broschüren irgendwann nicht mehr notwendig sind.

Weitere Informationen:

www.dielinke-kreiswesel.de/politik/sozialberatung oder
www.linksfraktion-kreiswesel.de



Vernetzung, Qualifizierung und Finanzierung von Sozialberatungen auf Landesebene

Interview mit der Landessprecherin und Bürgerschaftsabgeordneten **Olga Fritzsche** und Landesschatzmeister **Christian Kruse**, DIE LINKE. Hamburg



Der Hamburger Landesverband arbeitet seit Jahren daran, die Vernetzung, Qualifizierung und Finanzierung der Sozialberatungen auf Landesebene systematisch voranzubringen. Wie kam es dazu und was genau muss man sich darunter vorstellen?

Olga: Wir bieten schon lange in nahezu allen Hamburger Bezirken Beratungen an. Doch man muss sagen, dass Qualität, Inhalt, Häufigkeit, Zuverlässigkeit und ob überhaupt eine Beratung angeboten wird, immer sehr stark von den Berater*innen abhängt. Die Verantwortung für die Beratungen ruht auf wenigen Schultern.



Christian: Wir bemühen uns deshalb, »DIE LINKE hilft« im Hamburger Landesverband weiter zu institutionalisieren. Wir haben ein Budget von 8.000 Euro. Es gibt regelmäßig alle vier bis sechs Wochen Treffen der Berater*innen, wo sie sich über ihre Erfolge und Probleme austauschen und über aktuelle Entwicklungen informiert werden. Darüber hinaus gibt es je nach Bedarf interne oder externe Schulungen und Fortbildungen. Wenn die

juristische Anleitung nicht ehrenamtlich abgedeckt werden kann, verwenden wir einen erheblichen Teil des Geldes dafür. Außerdem wird eine Grundausstattung an Gesetzestexten und weiterer Fachliteratur sowie Werbemitteln, wie Flyer, Plakate und Eröffnungsveranstaltungen, davon finanziert. Zusätzlich bieten einige Bezirks- und Basisorganisationen Sozialfrühstücke an, um einen niedrigschwelligen Kontakt zu ermöglichen.

Was hat sich in Hamburg seitdem konkret verändert?

Olga: Wir sind gerade dabei eine landesweite zentrale Telefonberatung einzurichten, die fünf Tage die Woche erreichbar ist. Die Idee ist wegen den Corona-Beschränkungen entstanden, aber sie hat auch so viele Vorteile: Für Ratsuchende ist die Hemmschwelle geringer zum Hörer zu greifen und man kann sich die Anfahrt sparen. Wir können durch die Ortsunabhängigkeit die Beratungsarbeit einfacher auf mehrere Schultern verteilen und auch Ausfälle kompensieren. Wir haben dafür eine erfolgreiche Rekrutierungsoffensive gestartet und sechs bis sieben neue Berater*innen angeheuert.

Christian: Wir konnten inzwischen die Kontinuität der Öffnungszeiten sicherstellen, was sehr wichtig für den Erfolg von Beratungen ist.

Welche Schwierigkeiten gibt es noch zu bewältigen und was könnte man besser machen?

Olga: Wir haben weiterhin Nachwuchssorgen, es ist nicht leicht neue Berater*innen zu gewinnen. Bei der Telefonberatung hat es vor allem durch individuelle persönliche Ansprache funktioniert. Ich stelle immer wieder fest, dass selbst ausgewiesene Expert*innen auf dem jeweiligen Fachgebiet, sich eine Beratung nicht zutrauen. Dabei ist das völlig unbegründet, ich mache seit vielen Jahren Sozialberatungen und kann wirklich allen versichern, dass eine Erstberatung keine Wissensprüfung ist, sondern es vor allem aufs Zuhören ankommt. Manchmal bringen Berater*innen interessierte Genoss*innen mit, damit sie sich das vor Ort anschauen können.

Jurist*innen sind ein weiteres Nadelöhr. Zu wenige sind auf Sozialrecht spezialisiert. Einige beraten bei uns, aber es war schwierig, jemand für die langfristige Anleitung zu finden.

Was würdest ihr den anderen Landesgeschäftsstellen mit auf den Weg geben?

Olga: Bei uns hat es sich bewährt, dass sich ein engagiertes Team von Leuten gefunden hat, das sich um den Aufbau und Ausbau des Beratungsangebots kümmert. Und generell gilt: Wenn der politische Wille da ist, lassen sich alle Hindernisse überwinden und Probleme lösen.

Christian: Aller Anfang ist schwer, aber es lohnt sich. Man muss Geduld haben und die Anlaufzeit durchstehen. Aber »DIE LINKE hilft« hilft den Menschen wirklich und ist ein großartiges Aushängeschild für die Partei. Es ist gut angelegtes Geld, was nicht unbedingt immer auf alle anderen Ausgaben für die Partearbeit zutrifft – wenn ich an so manche Veranstaltungen zu exotischen Themen unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit denke.

Senior*innenberatung als bewegungsorientierte Sozialberatung

Von **Hans-Jürgen Lutz**, DIE LINKE. Bezirksverband Hamburg-Nord

LINKE Senior*innenpolitik

Die Hamburger LINKE hat anlässlich der Bundestagswahl 2017 die Senior*innenpolitik auf die Tagesordnung ihrer politischen Arbeit gesetzt. Im Bezirk Hamburg-Nord finden bereits seit 2010 wöchentliche Sozialberatungen statt: Eine von der Fraktion in der Bezirksversammlung und eine im Büro des Bürgerschaftsabgeordneten Deniz Celik. Beide Beratungen sind gut besucht und sie werden zu knapp zwei Dritteln von Senior*innen aufgesucht. Damit liegt deren Anteil deutlich über ihrem Bevölkerungsanteil von 20 Prozent. Mit der Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) SeniorInnenpolitik wurde gemeinsam mit anderen Bezirken dieses wichtige bewegungspolitische Feld in Hamburg besetzt.

Senior*innenpolitik ist zudem um ein Thema, das bisher fast ausschließlich von der SPD belegt war. Mit dem konsequenten und spürbaren Einsatz für armutsfeste Renten, bezahlbare Mieten, altersgerechte flächendeckende Gesundheitsversorgung, besonders in den ärmeren Stadtteilen Hamburgs, eine sozial und altersgerechte Verkehrspolitik und einer Senior*innenberatung hat DIE LINKE für die benachteiligten Senior*innen Partei ergriffen, was sich auch in deren unmittelbarer positiver Resonanz gegenüber der Partei äußert.

Unsere Mitglieder sind häufig mit den gleichen Fragen konfrontiert, die auch für alte Menschen wichtig sind. Dennoch machen wir immer wieder die Erfahrung, dass auch in unserer Mitgliedschaft die politische Bedeutung von Senior*innen und den für sie wichtigen Themen häufig nicht ausreichend gewürdigt wird. Dabei sind die Alten nicht mehr länger automatisch Wähler*innen der CDU und einer neoliberalen Politik. Alte Menschen sind oft kampferprobter, widerstandsfähiger und politisch erfahrener als viele jüngere Menschen. Der neoliberale Generalangriff gegen die Lebensgrundlagen älterer Menschen ist massiv. Senior*innen verdienen unsere Aufmerksamkeit nicht nur als mögliche Wähler*innen, sondern als aktives Widerstandspotential in den vor uns liegenden Auseinandersetzungen in Metropolen wie



Foto: Jakob Huber

Hamburg. Noch 2016 konnte eine Landessprecherin des Landesseniorenbeirats auf Großveranstaltungen das Thema Altersarmut unterschlagen. Aber auf der Delegiertenvollversammlung im April 2018 wurde nahezu einstimmig der Senat aufgefordert, eine Regelung wie den Münchener Ortszuschlag für Grundsicherungsbezieher nach SGB XII auch für Hamburg zu ermöglichen. Die Hamburger Senior*innen haben begriffen was läuft, sie stellen sich der Realität und mischen sich ein. Dazu hat auch die konsequente Senior*innenpolitik der LINKEN beigetragen, die die LAG Senior*innenpolitik weiterhin aktiv betreiben und weiterentwickeln wird.

Beratungsformat für Senior*innen

Der Bezirksvorstand Eimsbüttel hat gemeinsam mit einigen älteren Genoss*innen und Sozialberatungsaktivist*innen ein Beratungsformat entwickelt, das sowohl die Interessen Bedürftiger bezüglich Grundsicherung (SGB XII) als auch allgemeine sozialen Themen und nachbarschaftliche Probleme, die ältere Menschen betreffen, abdeckt.

Alle zwei Monate treffen Mitglieder der Partei DIE LINKE auf interessierte ältere Nachbar*innen, und beraten gemeinsam unter der Moderation eines



Foto: Martin Heintze

erfahrenen Sozialaktivisten vielfältige Themen: Es geht um Unterhalt, Rentenfragen wie Grundsicherung, mietrechtliche Fragestellungen, Organisation niedrigschwelliger konkreter Hilfestellungen, bis hin zu Anträgen nach SGB XII, gesundheitliche Fragen, Gestaltung eines Anerkennungsverfahrens als Schwerbehinderte/r, wichtige Mehrbedarfe nach SGB XII, sonstige Hilfestellungen oder spezifische Leistungen nach SGB V von Krankenkassen, wie die Beantragung eines Elektrorollstuhls, Umbau eines Duschbades mit Unterstützung der Krankenkasse in einer gemieteten Wohnung oder Einstufung von Behinderungsgraden durch Gutachter des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung.

Immer wieder bitten die Betroffenen zunächst um ein vertrauliches Einzelgespräch, um dann im weiteren Gesprächsverlauf schnell zu merken, dass ihre Probleme die anderen Mitglieder der Runde ebenso betreffen. Es geht oft um Fragen von allgemeinem sozialpolitischen Interesse. Häufig ist während dieser Gespräche bei den Betroffenen eine gewisse Erleichterung zu spüren, dass sie mit ihren Sorgen und Nöten nicht allein sind und bei uns gehört werden. Wenn im Verlauf des Gesprächs festgestellt wird, dass weiterer spezifischer Beratungs- oder Handlungsbedarf besteht, zum Beispiel Schreiben

aufgesetzt oder Ämterbesuche vorbereitet oder begleitet werden müssen, werden in der Regel Folgetermine vereinbart, die innerhalb weniger Tage stattfinden.

Aus solchen Kontakten haben sich mittlerweile eine Reihe von langfristigen Beziehungen zu einzelnen Genoss*innen, bis hin zu Parteieintritten, entwickelt. Diese Gesprächsrunden sind ebenfalls gut geeignet, um bei Wahlkämpfen die Kandidat*innen der Partei miteinzubeziehen. Sie werden im Rahmen der alltäglichen Agitationsarbeit mit Flyern, Stellschildern und Kleinzeitungen beworben. Es nehmen zwischen vier bis acht Außenstehende teil. Die Besucher*innen haben sehr konkrete Anlässe und es lassen sich Bezüge zu Ereignissen und Themen herstellen, in denen die Partei und oft auch die Bezirksversammlungsfraktion bereits aktiv ist. Ein Beispiel sind die skandalösen Grundstücksverkäufe der Stadt Hamburg an den Beiersdorfkonzern, dem Hersteller von Nivea Creme, im Bezirk Eimsbüttel. Dadurch verschwanden Grünflächen und die weitere Gentrifizierung ehemaliger Arbeiterwohngebiete wurde vorangetrieben, wovon insbesondere Senior*innen betroffen sind.

Verbindung von Feldern der politischen Auseinandersetzung

Anhand der verschiedenen Probleme, die auf die Menschen einwirken, lässt sich die Berechtigung unserer Politik und unserer sozialpolitischen Kritik und Forderungen gut herausarbeiten: Wenn es beispielsweise um Grundsicherung, im Falle einer Erwerbsminderung infolge chronischer Behinderung, und deren Anerkennung durch die Rentenversicherung oder das örtliche Versorgungsamt geht und gleichzeitig das örtliche Sozialamt aufgrund der Gentrifizierung auf einen Wohnungswechsel drängt.

Kapitalismuskritik wird dadurch am Einzelfall anschaulich und das hilft den Betroffenen, die sich oft schämen oder meinen, persönlich versagt zu haben.

Vernetzung mit anderen Beratungen

In diesem Zusammenhang taucht immer wieder die Frage auf, ob wir auf »Konkurrenzangebote«, das heißt ähnliche Beratungen anderer Anbieter, hinweisen sollen? Eine Organisation, die in diesem Bereich seit längerem Betroffene berät, hat erkannt, wo ihre Probleme liegen. Die Frage, inwiefern sich deren Ansatz von unserem unterscheidet, ist für uns interessant. Wer immer in diesem Bereich langfristig Beratungen organisiert, wird sich auch mit der Frage nach den zugrundeliegenden Ursachen der Probleme, sowohl objektiv strukturell als auch subjektiv individuell, auseinandersetzen. Damit sind wir bereits bei hochpolitischen Fragestellungen angelangt. Eine Vernetzung kann den Menschen, die unsere Beratung aufsuchen, und auch uns als Beratende nur nützen. Dagegen sprechen kann eigentlich nur Sektierertum.

Leitfäden

Grundlagen der Beratung

Von **Robert Schwedt**, DIE LINKE. BAG Hartz IV

Grundsätzlich gilt: Die Beratung muss nach der aktuellen Sozialgesetzgebung und einschlägigen Rechtsprechung und nicht nach unserem Parteiprogramm durchgeführt werden. Es ist wichtig, dass die Beratung in einer möglichst ruhigen und stressfreien Umgebung stattfindet. Das hilft nicht nur den Betroffenen, sich zu entspannen und Vertrauen zu fassen, sondern auch den Beratenden, sich zu konzentrieren. Oft hat sich bei den Betroffenen eine ganze Menge Frust aufgestaut, den sie sich erst mal von der Seele reden können müssen. Auch wenn es dabei oft nicht um das Thema der eigentlichen Sozialberatung geht, gehört das doch zum Gespräch dazu. Nach einer gewissen Zeit sollte der/die Beratende versuchen, das Gespräch behutsam wieder auf das Problem zu lenken, wegen dem der/die Betroffene die Beratung aufgesucht hat.

Wenn es nicht um eine allgemeine Beratung geht, sondern um einen konkreten Fall des/der Betroffenen, brauchen wir zur kompetenten Durchführung der Beratung unbedingt die Unterlagen. Denn nur anhand der Unterlagen ist es möglich, sich ein genaues und zutreffendes Bild des Sachverhalts zu machen. Es ist dringend davon abzuraten, nur aufgrund dessen, was einem Betroffene erzählen, eine Beratung durchzuführen. Denn erfahrungsgemäß wird häufig etwas falsch verstanden oder wichtige Details werden weggelassen.

Bei der Komplexität der Sozialgesetzbücher ist es ausgesprochen schwer, immer alles an Paragraphen und der einschlägigen Rechtsprechung im Kopf zu haben. Daher sollte man sich nicht scheuen, auf Internetrecherche oder Handbücher wie zum Beispiel den Leitfaden »ALG II/Sozialhilfe von A-Z« von Harald Thomé / Frank Jäger oder »Existenzsicherungsrecht des SGB II« von Jonny Bruhn-Tripp zurückzugreifen. Auch eine zweite Meinung von anderen Berater*innen kann bei schwierigen Fällen sehr hilfreich sein. Wenn länger recherchiert werden muss, ist es sinnvoller, die Beratung zu unterbrechen und an einem anderen Tag fortzusetzen, als auf die Schnelle fehlerhaft und nicht rechtskonform zu beraten.

In der Beratung sollte man auf keinen Fall Versprechungen machen, die man nicht einhalten kann. Denn eine unerfüllbare Erwartungshaltung kann bei den Betroffenen dazu führen, dass sie glauben, es liege an der mangelhaften Beratung. Möglicherweise überzogene Erwartungshaltungen der Betroffenen



sollten auf ein realistisches Maß reduziert werden. Wir haben in der Sozialberatung keinen Zauberstab, mit dem wir alle Übel des Systems beseitigen können. Was wir jedoch tun können, sind Fehler der Sozialleistungsträger aufzudecken und dabei mitzuhelfen, sie im Sinne der Betroffenen zu berichtigen.

Man kann leider nicht jeder oder jedem helfen. Viele Menschen, die eine Sozialberatung aufsuchen, denken, dass diese dann alles für sie regelt und sie selbst nichts mehr beitragen müssen, um ihr Problem zu lösen. Das kann aber schon aus Kapazitätsgründen keine durch Freiwillige durchgeführte Sozialberatung leisten. Das muss man den Betroffenen klar machen und sie zum aktiven Mitmachen motivieren.

Sozialberatung zehrt an den Kräften. Denn natürlich gehen einem die Schicksale nah und man gibt sein Bestes, um den Menschen zu helfen. Daher muss man eine professionelle Distanz zu den Betroffenen wahren. Das ist nicht immer einfach, aber wenn man das nicht schafft und sich alles viel zu sehr zu Herzen nimmt, wird man über kurz oder lang ausgebrannt und nicht mehr in der Lage sein, eine Sozialberatung zu machen. Damit wäre den Betroffenen, den man mit der Beratung helfen will, am allerwenigsten gedient.

Allein machen sie dich ein: Ämterbegleitung

Von **Robert Schwedt**, DIE LINKE. BAG Hartz IV

Wenn wir Betroffene bei ihren Ämtergängen begleiten, gibt es zwei unterschiedliche Möglichkeiten der Begleitung: Entweder gehen wir als Zeugin oder Zeuge oder als Beistand mit. Als Zeug/in des Gespräches kann man allein durch seine Anwesenheit dazu beitragen, dass das Gespräch mit den Sozialleistungsträgern in einer angenehmeren Atmosphäre verläuft. Der/die Betroffene hat moralischen Beistand, der/die Bürokrat/in steht unter Beobachtung, man ist nicht »unter sich«. Mögliche Rechtsverstöße können durch den/die Zeug/in bezeugt werden. Die Sozialleistungsträger müssen darauf jedoch nicht eingehen, wenn Zeug/innen Rechtsverstöße kritisieren, sondern erst dann, wenn die Betroffenen diese Vorwürfe wiederholen.

Diese Art der Begleitung erlaubt es auch Menschen, die sich nicht oder nicht gut mit der Gesetzgebung auskennen, Betroffene zu begleiten. Doch diese Art des Beistands hat jedoch auch Nachteile und Risiken: Der Sozialleistungsträger kann die Zeug/innen jederzeit vor die Tür setzen. Die Begleitung als Zeugin oder Zeuge kann die Betroffenen zudem in falscher Sicherheit wiegen. Außerdem kann man bei dieser Form der Hilfestellung plötzlich in eine unangenehme und hilflose Lage geraten und von den Sozialleistungsträgern »überrollt« werden, da im Vorfeld des Besuchs weder Unterlagen geprüft, noch eine Strategie besprochen oder Ziele festgelegt wurden.

Die Ämterbegleitung als Beistand stellt deutlich höhere Anforderungen an den/die Begleiter/innen: Sie erfordert Fachwissen, die Fähigkeit dieses auch vernünftig vorzutragen und eine gründliche Vorbereitung. Die wichtigen Unterlagen müssen vorher unbedingt durchgelesen und besprochen werden. Bei der Vorbereitung sollte ein Ziel definiert werden, das bei dem Besuch erreicht werden soll. Anhand des Ziels wird die Strategie mit den Betroffenen besprochen. Es sollte im Vorfeld zudem abgeklärt werden, inwieweit der Beistand für die Betroffenen sprechen soll. Denn das vom Beistand Gesagte wird so behandelt, als ob es der Betroffenen selber gesagt hätte – insofern dieser nicht sofort ausdrücklich widerspricht. Bei dieser Form der Ämterbegleitung kommt es dank der gründlichen Vorbereitung nur sehr selten zu unvorhergesehenen Situationen. Man sollte jedoch darauf achten, dass man sich

realistische Ziele setzt. Besonders dann, wenn es sich um die sogenannten Kann-Leistungen, wie zum Beispiel §§ 16 ff SGB II handelt.

Wer als Beistand mit ins Amt geht, sollte darauf achten, dass die Rechte der Betroffenen gewahrt bleiben und sie von den Sozialleistungsträgern nicht abgewimmelt werden, indem man den Betroffenen suggeriert, dass sie doch eigentlich keinen Beistand bräuchten. Einige Beispielsätze, die gegenüber den Betroffenen mit Beistand häufig geäußert wurden, sind: »Sind Sie so handlungsunfähig, dass Sie einen Beistand brauchen?«, »Bin ich so abschreckend, dass Sie einen Beistand brauchen?« oder »Warum brauchen Sie einen Beistand?«. Als Beistand sollte man sofort gegenhalten, dass die Betroffenen nur ihre Rechte nach § 13 SGB X wahrnehmen und darum bitten, die Beistandschaft nicht weiter zu hintertreiben. Gegen die Verhinderung eines Beistands kann eine Fachaufsichtsbeschwerde eingereicht werden.

Die Person, welche als Beistand auftritt, ist verpflichtet, sich dem Sozialleistungsträgern gegenüber auszuweisen. Das bedeutet jedoch nicht, dass deren Personalausweis kopiert werden darf, er muss lediglich vorgezeigt werden. Die Zahl der Beistände ist nicht begrenzt. Theoretisch könnten also mehr als eine Person als Beistand tätig werden. In der praktischen Umsetzung ist dies jedoch kompliziert.

Die Ämterbegleitung als Beistand ist im **Zehnten Buch des Sozialgesetzbuchs (§13 SGB X)** geregelt.

§ 13 Bevollmächtigte und Beistände

(1) Ein Beteiligter kann sich durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen. Die Vollmacht ermächtigt zu allen das Verwaltungsverfahren betreffenden Verfahrenshandlungen, sofern sich aus ihrem Inhalt nicht etwas anderes ergibt. Der Bevollmächtigte hat auf Verlangen seine Vollmacht schriftlich nachzuweisen. Ein Widerruf der Vollmacht wird der Behörde gegenüber erst wirksam, wenn er ihr zugeht.

(2) Die Vollmacht wird weder durch den Tod des Vollmachtgebers noch durch eine Veränderung in seiner Handlungsfähigkeit oder seiner gesetzlichen Vertretung aufgehoben; der Bevollmächtigte hat jedoch, wenn er für den Rechtsnachfolger im Verwaltungsverfahren auftritt, dessen Vollmacht auf Verlangen schriftlich beizubringen.

(3) Ist für das Verfahren ein Bevollmächtigter bestellt, muss sich die Behörde an ihn wenden. Sie kann sich an den Beteiligten selbst wenden, soweit er zur Mitwirkung verpflichtet ist. Wendet sich die Behörde an den Beteiligten, muss



Foto: imago images / Jan Huebner

der Bevollmächtigte verständigt werden. Vorschriften über die Zustellung an Bevollmächtigte bleiben unberührt.

(4) Ein Beteiligter kann zu Verhandlungen und Besprechungen mit einem Beistand erscheinen. Das von dem Beistand Vorgetragene gilt als von dem Beteiligten vorgebracht, soweit dieser nicht unverzüglich widerspricht.

(5) Bevollmächtigte und Beistände sind zurückzuweisen, wenn sie entgegen § 3 des Rechtsdienstleistungsgesetzes Rechtsdienstleistungen erbringen.

(6) Bevollmächtigte und Beistände können vom Vortrag zurückgewiesen werden, wenn sie hierzu ungeeignet sind; vom mündlichen Vortrag können sie nur zurückgewiesen werden, wenn sie zum sachgemäßen Vortrag nicht fähig sind. Nicht zurückgewiesen werden können Personen, die nach § 73 Abs. 2 Satz 1 und 2 Nr. 3 bis 9 des Sozialgerichtsgesetzes zur Vertretung im sozialgerichtlichen Verfahren befugt sind.

(7) Die Zurückweisung nach den Absätzen 5 und 6 ist auch dem Beteiligten, dessen Bevollmächtigter oder Beistand zurückgewiesen wird, schriftlich mitzuteilen. Verfahrenshandlungen des zurückgewiesenen Bevollmächtigten oder Beistandes, die dieser nach der Zurückweisung vornimmt, sind unwirksam.

Wie führe ich ein Beratungsgespräch?

Von **Inva Halili**

Du hast dich inhaltlich mit dem Beratungsthema auseinandergesetzt? Das ist super, aber um ein Beratungsgespräch sicher und den Bedürfnissen des Gegenübers entsprechend zu führen, gehört noch mehr. Worauf muss man bei einem Beratungsgespräch achten? Welche Methoden können unterstützend wirken und welche Zeitregeln gibt es? Neben dem Inhalt des Gesprächs gibt es viele »technische« Aspekte, die zu einem guten Gelingen beitragen. Es lohnt sich, im Vorfeld einen groben Ablaufplan zu machen, denn auch hier ist Vorbereitung die halbe Miete. Aber es kommt bei einem Beratungsgespräch nicht nur auf die gute Vorbereitung und dein Fingerspitzengefühl an. Es ist zudem hilfreich und professionell, sich selbst stetig inhaltlich und methodisch, etwa durch Weiterbildungen, auf dem aktuellen Stand zu halten.

Vorbereitung

Der Gesprächsverlauf sollte gut strukturiert sein. Das ist nicht nur für dich wichtig, um das Gespräch moderat führen zu können, auch für dein Gegenüber schafft ein sicherer Umgang mit der Gesamtsituation Vertrauen. Plane ausreichend Zeit für das Gespräch ein und achte darauf, die Beratung an einem Ort durchzuführen, der ruhig ist und wo ihr ungestört reden könnt. Lass dich nicht von Anrufen oder E-Mails unterbrechen, Durchgangszimmer sind ungeeignet, wenn viel Betrieb herrscht. Denn die meisten Menschen fühlen sich in einem Gespräch nicht wohl, wenn dauernd Fremde durch den Raum laufen oder der Gesprächspartner ständig abgelenkt ist oder das Gespräch unterbricht.

Solltest du vorher bereits Unterlagen bekommen haben, dann lohnt es sich, vor dem Gespräch alle offenen Fragen oder Unklarheiten aufzuschreiben. Überlege auch, ob es Themen gibt, die du unbedingt ansprechen möchtest. Achte jedoch auf die Redezeit und lass dein Gegenüber ausreichend zu Wort kommen.

Gesprächsstruktur

Das Gespräch beginnt mit einer netten Begrüßung. Eine kurze Vorstellung deinerseits erleichtert den Gesprächseinstieg. Gib deinem Gegenüber ausreichend Zeit über das Problem zu sprechen, eigene Erfahrungen und Sichtweisen darzulegen. Hier solltest du zuhören, Notizen machen, Fragen aufschreiben, falls Unklarheiten da sind. Aktives Zuhören verschafft dir Zeit, den Sachinhalt zu sortieren und bringt deinem Gegenüber Wertschätzung zum Ausdruck. Es lohnt sich, immer wieder das Gesagte mit eigenen Worten zusammenzufassen, um sich zu versichern, die Kernproblematik auch verstanden zu haben. Identifiziert gemeinsam Herausforderungen und Probleme und fasse diese zusammen. Dabei solltest du offene Fragen klären, um die Zusammenhänge zu verstehen, Missverständnissen vorzubeugen oder das Gespräch integrativer zu gestalten. Vermeide Fragen, die eine bestimmte Antwort implizieren und stelle kurze verständliche Fragen ohne großen Erklärungsbedarf. Achte auf einen guten Abschluss: Überlegt euch einen Plan und legt gemeinsam Vereinbarungen über die weiteren Schritte fest. Selbstverständlich sollte das Gespräch vertraulich bleiben – das muss am Ende deutlich gemacht werden.

Gut zu wissen:

- Du bist selbstverständlich parteiisch und mache das am Anfang deines Gesprächs auch klar.
- Achte im Laufe des Gesprächs darauf den roten Faden nicht zu verlieren – hake nach, wenn eine Frage nicht eindeutig beantwortet wurde. Wenn es gerade unpassend wirkt oder Du den Gesprächsfluss nicht unterbrechen möchtest, ist es manchmal besser, Fragen zu einem späteren Zeitpunkt zu stellen.
- Achte bei der Terminvergabe darauf, dass es alle schaffen können, rechtzeitig zum Beratungsort hinzukommen (Wann fährt der Bus?).
- Frage dein Gegenüber auch nach seiner Einschätzung – beziehe seine Erfahrungen ein.
- Reflektiere am Ende den Gesprächsverlauf und mache dir Notizen über Situationen, in denen du dich nicht souverän gefühlt hast, damit du es beim nächsten Mal besser machen kannst.



»Niemand isst allein«: Erwerbslosenfrühstück für Anfänger

Von **Elias-Alexander Stück**, Wiesbaden

Wenn wir von Hartz IV sprechen, geht es vor allem um Sanktionen, Regelsätze, Anträge und Widersprüche. Das emotional größte Problem wird dabei leider häufig übersehen: Die mangelnde gesellschaftliche Teilhabe und die daraus resultierende soziale Isolation. Bis zu 40 Prozent der Leistungsempfänger leiden unter einer psychischen Erkrankung.¹ Es ist wichtig, dass wir uns als »DIE LINKE hilft« auch den psychosozialen Problemen annehmen, die unter Umständen mit SGB II zusammenhängen, da es sonst kaum jemand macht.

Die Sozialberatung bietet Unterstützung bei rechtlichen Angelegenheiten, ein Erwerbslosenfrühstück dient hingegen sozialen Bedürfnissen. So kann ein



öffentlicher Raum geschaffen werden, in dem sich Betroffene und Sympathisant*innen auf Augenhöhe und ohne Furcht vor Stigmatisierung austauschen können. Diese Gelegenheit, Menschen in ähnlicher Situation ins Gespräch kommen zu lassen, Erfahrungen und praktische Tipps weiterzugeben und nicht zuletzt Freundschaften zu schließen, ist nicht nur unser Lohn für die emotional aufwühlende Sozialberatung, sondern bietet uns über die Beratung hinaus einen zutiefst bereichernden Einblick in die Sorgen und Nöte der Betroffenen, was ebenfalls die Qualität unserer Arbeit verbessert.

Es findet natürlich auch ein politischer Austausch statt, den wir moderieren, jedoch nicht aufdrängen sollten. Denn es gilt: Die Betroffenen vor Ort bestimmen die Gesprächsthemen. Denn ihr Mitteilungsbedürfnis, das ansonsten möglicherweise nicht erfüllt wird, hat hier Vorrang. Ein Erwerbslosenfrühstück ist keine Werbeveranstaltung für die Partei, die auch eher Abschreckungscharakter hätte, sondern ein sicherer Raum für Menschen in prekären Verhältnissen. Dennoch lassen sich langfristig natürlich Erfolge für DIE LINKE in Form von Eintritten und Wählerstimmen verzeichnen, da die Betroffenen



Foto: Jörg Lemmert

wahrnehmen, dass wir ihre Sorgen, Nöte und Ängste ernst nehmen und sie als gleichwertige Menschen betrachten.

»Niemand isst allein« ist ein passendes Motto unter dem ein Erwerbslosenfrühstück beworben werden kann.

Wie baut man ein solches Angebot auf?

Vorbereitung

- Es benötigt je nach den Bedingungen vor Ort ein bis vier Personen, die das Angebot auf regelmäßiger Basis betreuen. Diese sollten möglichst nicht zu häufig wechseln.
- Die Räumlichkeiten sollten einladend, freundlich und gut zugänglich sein, sowie über genügend Stühle verfügen. Wenn es ein Parteibüro gibt, bietet es sich dafür an.
- Die Dauer und die Häufigkeit der Frühstücke muss individuell ausgetestet werden.
- Die Termine sollten unbedingt kontinuierlich stattfinden und auf der Homepage und in den sozialen Netzwerken kommuniziert werden.
- Als Zeit bewährte sich 10 bis 13 Uhr. Samstag und Sonntag sind besonders beliebt, Ende des Monats ist die Nachfrage erhöht. Das Angebot kann wöchentlich, zweiwöchentlich oder monatlich stattfinden.

- Die Finanzierung sollte im Vorfeld gesichert werden, zum Beispiel über den Kreisverband, Mandatsträger*innen, den Landesverband oder den Verein der Bundestagsfraktion. Je nach Umfang betragen die Kosten 15 bis 60 Euro pro Frühstück.
- Beständigkeit ist das Fundament! Es braucht Zeit, bis anfängliche Hürden überwunden werden und Menschen das Angebot nutzen. Häufigere Ausfälle und nicht kommunizierte Pausen sind sehr schädlich.
- Unter Menschen am Existenzminimum spricht es sich notgedrungen schnell herum, wo solche Angebote existieren. Flyer und Werbemaßnahmen sind deshalb vor allem zu Beginn wichtig, »Mundpropaganda« ist langfristig effektiver.

Frühstück

- Lebensmitteleinkauf: Getränke, Säfte, Beläge und Aufstriche vorher, am Tag der Beratung frische Backwaren. Bäcker und Bauern geben erfahrungsgemäß auf Anfrage 15 bis 35 Prozent Rabatt.
- Bedenkt immer: Erwachsenen stehen unter Hartz IV weniger als 150 Euro im Monat für Essen, Getränke und Tabakwaren zur Verfügung. Sie haben eine Sehnsucht nach kleinem »Luxus« wie Kuchen, Gebäck, Schokolade usw.
- Die Räumlichkeiten müssen hergerichtet, das Buffet aufgebaut werden. Musik oder Gesellschaftsspiele können stimmungsaufhellend wirken.
- Nach dem Frühstück muss natürlich aufgeräumt werden: Abräumen, Geschirr abspülen, Müll entsorgen usw.

Kostenlose Speisen können auch dazu führen, dass Gäste kommen, die nicht vor Ort Essen, sondern das Essen einpacken und mitnehmen möchten. In solchen Fällen sollte klar gesagt werden, dass es sich um eine gesellige Veranstaltung handelt, nicht um ein Angebot der Tafel. Vor Ort kann, darf und soll sich ausdrücklich jeder satt essen. Die Speisen dürfen jedoch erst zum Schluss mitgenommen werden, sollte etwas übrig bleiben.

Dennoch sollten solche Erfahrungen ausdrücklich nicht davon abschrecken, ein Erwerbslosenfrühstück anzubieten. Kollektives Essen ist eine ungemein schöne Erfahrung. Es erweitert den Horizont durch Einblicke und Diskussionen und wird durchweg positiv aufgenommen.

¹ F. Oschimanski et.al.: IAB Forschungsbericht. Aktuelle Ergebnisse aus der Projektarbeit des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. 14/2017. Menschen mit psychischen Störungen im SGB II.

Öffentlichkeitsarbeit

Die beste Beratung nützt nichts, wenn niemand davon weiß

Von **Inva Halili** und **Martin Bialluch**

Selbst die beste Sozialberatung in der Stadt nützt nichts, wenn keine/r kommt, weil niemand weiß, dass es sie gibt. Damit die Menschen wissen, wo, wann und von wem sie Hilfe und Unterstützung bekommen können, müsst ihr Werbung für eure Beratung machen. Auch wenn man bei Werbung eher an Zahnpasta, Waschmittel oder Quatsch aus dem Internet denkt, ist Werbung gerade am Anfang der Schlüssel zum Erfolg. Natürlich gibt es Unterschiede: Wir haben nicht nur ein geringeres Werbebudget als multinationale Konzerne, sondern auch eine andere, regional und inhaltlich beschränktere Zielgruppe. Wir wollen zum Beispiel Menschen aus der Gegend erreichen, die Sozialleistungen beziehen oder dafür in Frage kommen. Es empfehlen sich folgende Werbemaßnahmen:

1. Internet

Auf der Website der Bundespartei (www.die-linke.de/partei/die-linke-hilft) sind die Sozialberatungsstellen der Partei aufgeführt. Damit auch eure Beratung hier eingetragen wird, müsst ihr nur eine E-Mail mit allen wichtigen Informationen (welche Beratung, wann, wo und von wem angeboten wird, gegebenenfalls noch weitere Informationen) an linke-hilft@die-linke.de schicken. Ihr solltet auch eine eigene Internetseite auf der Seite eures Kreisverbands anlegen und gegebenenfalls einen Facebook-Account für die Beratung einrichten.

2. Flyer

Ein Flugblatt im A5-Format ist ein vielfältig einsetzbares Werbemittel, das weder besonders viel Geld noch Aufwand erfordert. Dieser Flyer kann bei Aktionen vor dem Jobcenter oder am Infostand verteilt werden oder auch den Ratsuchenden nach der Beratung mitgegeben werden. Die regelmäßigen Aktionen vor den Jobcentern sind besonders wichtig, um das Beratungsangebot bekannt zu machen. Diese Aktionen müssen als Versammlung unter freiem Himmel/eines Aufzugs nach § 14 (1) des Versammlungsgesetzes der Polizei angezeigt werden, um rechtlich abgesichert zu sein.

3. Visitenkarten

Visitenkarten, die auf die Sozialberatung und deren Termine hinweisen, sind handlich und preiswert. Visitenkarten landen deshalb häufiger im Portemonnaie oder in der Tasche als die A5-Flyer, die oft in der Papiertonne entsorgt





Foto: Martin Heintze

werden. Flyer und Visitenkarten können nach Rücksprache auch in den Büros der Partei und Fraktionen ausgelegt werden.

4. Mund-zu-Mund-Propaganda

Die wohl wichtigste Form der Bewerbung machen nicht wir, sondern die Menschen, die wir erfolgreich beraten haben. Wenn die Menschen das Gefühl haben, dass sie ernst genommen wurden, fachlich kompetent beraten und ihnen dadurch bei der Lösung ihre Probleme geholfen wurde, dann spricht sich das ziemlich schnell herum. Diese Werbung kann man für kein Geld der Welt kaufen. »Zufriedene Kunden« sind die beste Werbung. Sie werden die Beratung weiterempfehlen, wenn in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis oder unter Kollegen ähnliche Probleme auftauchen.

5. Pressearbeit

Die eigene Beratung bei Zeitung, Funk und Fernsehen zu platzieren ist zwar gerade am Anfang manchmal etwas aufwendiger, aber wenn es klappt, wird man mit einer großen Reichweite belohnt, die mit anderen Mitteln und unserem Budget sonst kaum zu erreichen ist.

Welche lokalen Zeitungen, dazu zählen auch Anzeigenblätter oder Veranstaltungskalender (gedruckt oder online), welche Radio- oder TV-Sender gibt es? Fragt den Kreisverband nach ihren Pressekontakten, vielleicht können sie euch sagen, wo sie ihre Veranstaltungen bewerben und euch jemanden empfehlen.

Wo und wie werden welche Veranstaltungen darin erwähnt? Oft gibt es für den jeweiligen Veranstaltungskalender einer Zeitung oder eines Radios eine spezielle Adresse, an die man seine Termine zur Veröffentlichung schicken kann.

Wenn das alles nicht so eindeutig ist, ruft einfach an! Spätestens im Impressum finden sich Telefonnummern. Wenn sich nichts Spezielles anbietet, einfach die Hauptnummer anrufen und durchfragen, nach dem Redakteur, der sich um Veranstaltungen oder das Resort lokale Politik oder Soziales kümmert. Wenn ihr eine Vermutung habt, wer das sein könnte, zum Beispiel weil ihr seinen Namen oder Kürzel unter einem entsprechenden Artikel gefunden habt, umso besser.

Ein reiner Terminhinweis für einen Veranstaltungskalender ist kürzer, bei einer Pressemitteilung sollten noch ein paar inhaltliche Sätze zur Beratung rein. Ein guter Anlass für Medienberichterstattung kann eine Eröffnungsaktion, gern mit prominenten Teilnehmern, sein.

6. Weitere Formen der Bewerbung

Hier sind der Kreativität keine Grenzen gesetzt. Gute Ergebnisse wurden zum Beispiel mit Bodenzeitungen erzielt, bei denen sozialpolitische Themen im Vordergrund standen und bei denen Flyer, sowohl zu Themen, wie auch zur Sozialberatung, verteilt wurden. Bodenzeitungen müssen nicht angemeldet werden, weil sie als Spontankundgebung anzusehen sind. Wenn euch Mitarbeiter von Sicherheitsdiensten vertreiben wollen, besteht darauf, dass die Polizei hinzugezogen wird. Sollte euch die Polizei vertreiben wollen, fragt nach der Rechtsgrundlage, nach der ihr vertrieben werden sollt. Schreibt euch in diesem Fall grundsätzlich die Namen bzw. Dienstnummern der Beamten auf und beschwert euch bei deren Vorgesetzten.



Foto: Martin Heinlein

Adressen

DIE LINKE hilft: Sprechstunden und Beratungsangebote der LINKEN

Baden-Württemberg

Freiburg

www.die-linke-freiburg.de/startseite/aktuelles

Beratung zu Sozialleistungen und Gesundheitsangelegenheiten, Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen. Wir begleiten Hilfesuchende aus Freiburg oder dem Kreis Breisgau-Hochschwarzwald zum Jobcenter oder zur Arbeitsagentur.

Terminvereinbarung unter 0157 704 618 29 oder hartz4@dielinke-freiburg.de

Karlsruhe

Schützenstr. 46
76137 Karlsruhe
<https://die-linke-karlsruhe.de/die-linke-hilft-hartz-iv-beratung>

Hartz-IV-Beratung: Hilfe bei bei Anträgen zu Arbeitslosengeld, Sozialhilfe / Grund-

sicherung, Wohngeld und Bildungspaket / Karlsruher Pass.

Terminvereinbarung unter 0176 687 514 45

Mannheim

T6, 37
68161 Mannheim
www.dielinke-ma.de/service/sozialsprechstunde

Sozialsprechstunde: Fragen zu ALG I, Hartz IV & Co., unterstützen beim Ausfüllen von Formularen und Anträgen, vermitteln an professionelle Beratungsstellen oder Rechtsbeistände weiter und begleiten bei Behördengängen.

Anmeldung unter 0176 675 897 24.

Reutlingen

Lederstraße 86
72764 Reutlingen
<http://die-linke-reutlingen.de/service>

Unabhängige Sozialberatung der Reutlinger Arbeiterbildung (ArBi). Hartz IV und ALG I

Tübingen

Neckarhalde 40
72070 Tübingen
<https://prekaercenter.de/kontakt>

Beratung durch Tübinger Arbeitslosen Treff e.V.

Terminvereinbarung unter 07071 400 648

Bayern

Augsburg

Mauerberg 31
86150 Augsburg
<https://augzburg.die-linke-bayern.de/kreisverband-mandate/sozialberatung>

Sozialberatung, Donnerstag 14–17.30 Uhr und nach Vereinbarung. Wir bieten eine umfassende Beratung, intensive Auseinanderset-

zung und unser vollstes Engagement bei allen Fragen des täglichen Lebens und der Begleitung zu Ämtern und Gerichten an.

Coburg

Heiligkreuzstraße 4
96450 Coburg
<http://dielinke-coburg.de/index.php?id=3534>

Wir bitten ein umfassendes Sozialberatungsangebot: Dienstag 10–13 Uhr (Einstiegs-/Kurzberatungen), Donnerstag 17–20 Uhr (Einzelberatung nach Terminvereinbarung) sowie individuelle Termine und Hausbesuche.

Terminvereinbarung unter 09561 795 92 03 und hartz4@DieLinke-Coburg.de

Fürth

Königstraße 95
90762 Fürth
<https://die-linke-fuerth.de/kontakt>

Wir unterstützen und beraten BürgerInnen bei allen Formularen, die von deutschen Behörden so anfallen und begleiten zu Ämtern und Behörden.

Terminvereinbarung unter 0911 723 62 15

Ingolstadt

Am Bachl 16
85049 Ingolstadt

Hartz-IV-Beratung durch Schutzschirm e. V

Terminvereinbarung unter 0841 931 01 39.

München

Schwanthalerstraße 139
80339 München
www.dielinke-muc.de/service/hartz-iv-beratung

Hartz-IV-Beratung, Donnerstag, 16–18 Uhr, keine Anmeldung erforderlich.

Oberfranken-Ost

Ernst Reuter Str. 52
95032 Hof
www.dielinke-oberfranken-ost.de

Sozialberatung

Terminvereinbarung täglich 10–15 Uhr unter 09281 144 74 31.

Berlin

Friedrichshain

Weidenweg 17
10249 Berlin
www.linksfraktion.berlin/abgeordnete/steffen-zillich

Miet- und Sozialberatung mit dem Rechtsanwalt Gerd-Pete Junge jeden zweiten Donnerstag im Monat, 16.30–18.30 Uhr, im Bürgerbüro von Steffen Zillich, MdA.

Anmeldung unter buero@zillich.Berlin oder Tel.: 030 428 014 76

Lichtenberg

Buggenhagenstraße 19
10369 Berlin
www.sebastian-schluesseburg.de/miet-rechtsberatung-mit-rechtsanwaeltin-jana-retiet

Mietrechtsberatung mit Rechtsanwältin Jana Retiet, jeden vierten Montag im Monat, 15–16 Uhr.

Eine telefonische Voranmeldung unter 030 285 065 24 (ggf. auf Anrufbeantworter sprechen) ist erforderlich.

Marzahn-Hellersdorf

Cecilienplatz 5
12619 Berlin
www.linksfraktion.berlin/abgeordnete/kristian-ronneburg

Regelmäßige Sozialberatung: Für die kostenlose Erstberatung steht Ihnen ein qualifizierter Anwalt mit den Schwerpunktthemen Sozialrecht und Hartz IV zur Verfügung. Für den professionellen juristischen Rat wird der Anwalt Lutz Achenbach vor Ort sein.

Voranmeldung während der Öffnungszeiten unter 030 470 575 20 oder *volkert@wk.linksfraktion-berlin.de*

Mitte

Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
https://dielinke.berlin/nc/start/beratung-hilfe

Ärger mit Jobcenter oder Vermieter?
Beratung mit Rechtsanwältin Carola Handweg, Fachanwältin für Arbeitsrecht mit Tätigkeitsschwerpunkt Mietrecht.

Anmeldung erforderlich unter 030 240 093 70

oder *felix.lederle@die-linke-berlin.de*

Mitte

Tegeler Str. 39
13353 Berlin
https://tobiasschulze.berlin/index.php/2018/04/24/neu-bei-uns-mietensprechstunde

Wenn Sie akute Probleme mit Vermietern, Investoren, Maklern in Wedding und Gesundbrunnen haben und nicht weiter wissen: Mietensprechstunde im Abgeordnetenbüro von Tobias Schulze (MdA), jeden zweiten und vierten Dienstag im Monat, 12–14 Uhr, und nach Vereinbarung unter 030 547 134 49 oder *bueno.schulze@linksfraktion.berlin*.

Neukölln

Wipperstr. 6
12055 Berlin
www.die-linke-neukoelln.de/nc/termine

Rechtsberatung mit Lara Heitmann, Fachanwältin für Sozialrecht, jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat, 14–16 Uhr. Mietrechtsberatung mit Rechtsanwalt Hannes

Poggemann, jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 14–16 Uhr.

Anmeldung jeweils bei *doris.hammer@dielinke-neukoelln.de*

Pankow

Erich-Weinert-Straße 6
10439 Berlin
https://dielinke.berlin/start/beratungsangebote/detail/news/sozial-und-mietenberatung-4

Sozial- und Mietenberatung, jeden zweiten und vierten Donnerstag, 16.30–18 Uhr, im Bürgerbüro Bluhm – Seidel – Wolf. Mit dem Rechtsanwalt Kay Füblein steht besonders Hartz-IV- und Grundsicherungs-Betroffenen ein erfahrener und engagierter Jurist mit Rat und Tat zu Verfügung.

In dringenden Fällen einfach kommen. Besser ist es mit Voranmeldung per E-Mail oder sprechen Sie auf unseren Anrufbeantworter unter 030 224 945 77 oder *buergerbuero.linke@posteo.de*

Reinickendorf

Alt-Reinickendorf 1
13407 Berlin
[www.hakan-tas.de/
aktuelles/willkommen](http://www.hakan-tas.de/aktuelles/willkommen)

Jeden letzten Freitag im Monat findet im Wahlkreisbüro von Hakan Tas eine regelmäßige Beratung für Geflüchtete statt.

Wir bitten um frühzeitige Anmeldung unter deniz@hakan-tas.de oder 030 983 54 850.

Spandau

Reisstr. 21
13629 Berlin
www.helinevrimsommer.de/our-partners

Sozialberatung zu allen Fragen rund um Hartz IV, Donnerstag, 17–19 Uhr, im Bürgerbüro der Bundestagsabgeordneten Helin Evrim Sommer. Wenn gewünscht, findet die Beratung durch Frau Katayun Pirdawari auch auf Persisch, Dari, Englisch und Türkisch statt.

Um Anmeldung unter 030 235 641 77 oder helin-evrim.sommer.ma05@bundestag.de wird gebeten.

Tempelhof-Schöneberg

Kaiserin-Augusta-Str. 75
12103 Berlin
www.linksfraktion.berlin/index.php?id=48240

Kostenlose Erstberatung zu Sozialrechtsfragen (u.a. Hartz-IV und Grundsicherung) mit Rechtsanwältin Anna Münzner im Stadtbüro von Philipp Bertram (MdA). Sie findet – je nach Nachfrage – in der Regel jeden vierten Donnerstag im Monat, 15–17 Uhr, statt.

Anmeldung unter 030 668 642 45 oder buero@philipp-bertram.de.

Tempelhof-Schöneberg

Feurigstraße 68
10827 Berlin
www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/aktuelles

Sozialberatung mit Rechtsanwalt Claus Förster, jeden 2. Dienstag im Monat, 16–18 Uhr. Um telefonische Anmeldung unter 030 219 971 40 wird gebeten.

Tempelhof-Schöneberg

Hildburghäuser Str. 29
12279 Berlin

Mieterberatung, jeden zweiten und vierten Dienstag im Monat, 14–16 Uhr, im Kiezbüro von Harald Gindra, MdA.

Treptow-Köpenick

Brückenstraße 28
12439 Berlin
www.dielinke-treptow-koepenick.de/service/sozialberatung

Kostenlose Sozial- und Mietrechtsberatung mit Rechtsanwalt Kay Fülleln, in der Regel jeden zweiten Montag im Monat, 17–18 Uhr, im Bürgerbüro von Gregor Gysi.

Bitte melden Sie sich persönlich, per E-Mail (gregor.gysi@wk.bundestag.de) oder telefonisch (030 632 243 57) an.

Treptow-Köpenick

Moosdorfstraße 7–9
12435 Berlin
<http://katalogennburg.de/wp/wahlkreis/beratung>

Hartz-IV- und Mietberatung: Im Wahlkreisbüro von Katalin Gennburg werden an jedem 3. Dienstag des Monats kostenlose Beratungen von qualifizierten Anwält*innen durchgeführt. Die Hartz-IV-Beratung findet von 16–18 Uhr, die Mietrechtberatung im Anschluss von 18–20 Uhr statt.

Wir bitten um vorherige Anmeldung über das Wahlkreisbüro, telefonisch unter 030 809 327 58 oder per E-Mail unter buero.gennburg@linksfraktion.berlin.

Brandenburg

Brandenburg an der Havel

Pauliner Str. 11
14776 Brandenburg an der Havel
www.dielinke-stadt-brb.de/kreisverband/soziales

Sozialberatung (SGB II, III, XII, Wohngeld, Bafög) und Bewerbungstrainings.

Wir bitten ausdrücklich um eine Terminvereinbarung unter hartz4@dielinke-stadt-brb.de oder 03381 224 733.

Falkensee

Bahnhofstr. 74
14612 Falkensee
www.dielinke-falkensee.de/service/kontakt/
#c 169619

Jeden ersten Mittwoch im Monat findet von 16–17 Uhr eine öffentliche Beratung rund um die Themen Erwerbslosigkeit, Hartz IV, Kosten der Unterkunft, Miete statt.

Telefon: 03322 423 139,
E-Mail: falkensee@dielinke-havelland.de

Rathenow

Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
www.dielinke-havelland.de

Der Termin der monatlich regelmäßig stattfindenden Sprechstunde wird auf der oben genannten Webseite und in regionalen Zeitungen bekanntgegeben. Bei Fragen kontaktieren Sie uns unter 03385 512 531.

Hamburg

Eimsbüttel

Kieler Straße 689
22527 Hamburg
www.die-linke-eimsbuettel.de/termine

Sozialberatung für Senior*innen, Hartz-IV-Erfahrungsaustausch und kostenfreies Hilfeangebot für Hartz-IV-Betroffene. Termine auf der Homepage.

Harburg

Wallgraben 24 (Ecke: Am Soldatenfriedhof)
21073 Hamburg
www.die-linke-harburg.de

Jeweils Montags und Mittwochs in der Zeit von 11–13 Uhr wird eine kostenlose Sprechstunde angeboten.

Termine außerhalb der Sprechstunde können unter 0176 344 277 32 oder unter beratung@die-linke-harburg.de vereinbart werden.

Mitte

Georg-Wilhelmstraße 7a (Fraktionsbüro)
21107 Hamburg
www.die-linke-hamburg.de/partei/die-linke-hilft.html

Sozial- und Rechtsberatung, jeden Dienstag von 15–17 Uhr.

Mitte

Billstedter Hauptstr. 78
22117 Hamburg
<http://mehmet-yildiz.de/kontakt>

Sozialberatung,
Montag, 13–15 Uhr.

Nord

Drosselstraße 1
22305 Hamburg
<http://deniz-celik.de/kontakt-sprechstunde>

Die kostenlose Sozial- und Rechtsberatung findet Montags von 18–20 Uhr und nach Vereinbarung (0176 631 199 56) im Wahlkreisbüro MdHB Deniz Celik, statt.

Langenhorn

Bürgerhaus Langenhorn
Tangstedter Landstr. 41
22415 Hamburg
www.die-linke-hamburg-nord.de/aktuelles/termine

Die Sozial- und Rechtsberatung findet jeden zweiten und vierten Dienstag im Monat von 10–12 Uhr und nach Vereinbarung (Tel.: 0176 631 199 56)

im Bürgerhaus Langenhorn, 1. Stock, links gegenüber der U1 Langenhorn Markt (Südausgang) statt.

Wandsbek

Schloßstraße 90
22041 Hamburg

Sozial- und Rechtsberatung, Donnerstags, 15–17 Uhr.

Hessen

Bad Hersfeld

Dippelstraße 8a
36251 Bad Hersfeld

Beratung zu SGB II und SGB XII, Termine nach Vereinbarung unter 0176 490 986 71.

Darmstadt

DIE LINKE. Kreisverband Darmstadt
Landgraf-Philipps-Anlage 32
64283 Darmstadt
www.die-linke-darmstadt.de/kontakt/aemterbegleitung

Wir begleiten zu Ämtern und anderen öffentlichen Einrichtungen.

Fulda

Heinrichstraße 81
36037 Fulda
www.die-linke-fulda.de/hartz_iv

Beratung zu SGB II und SGB XII

Terminvereinbarung
unter 0176 490 986 71

Kassel

Schillerstraße 21
34117 Kassel
www.die-linke-kassel-stadt.de/beratungsangebote-der-linken

Sozialberatung zu Arbeitslosengeld I und II, Bafög, Wohngeld und Sozialhilfe, Donnerstag, 14–16 Uhr (nicht in den Schulferien!)
Rathaus,
Obere Königsstr. 6–8,
34117 Kassel,
Fraktionsbüro
Zimmer W 25,
Telefon 0561 787 33 15.

Flüchtlingsprechstunde,
Freitag, 13.30–15.30 Uhr,
DIE LINKE,
Schillerstr. 21,
34117 Kassel,
Tel. 0561 920 15 03.

Offenbach

Bernhardstraße 57
63067 Offenbach
<https://die-linke-of-stadt.de/hartz-4-hilfe-offenbach>

Hartz-IV-Hilfe in Kooperation mit zwei Rechtsanwältinnen und der Erwerbsloseninitiative »SGB II-Dialog«.

Wetterau

Roter Laden
Usagasse 23
61169 Friedberg
www.die-linke-wetterau.de/content/start/linke-hartz4-hilfe.html

Hilfe zur Selbsthilfe für Hartz-IV-Beziehende; Unterstützung bei Behördengängen

Mecklenburg-Vorpommern**Bergen auf Rügen**

Hermann-Matern-Str. 33
18528 Bergen auf Rügen
www.die-linke-vorpommern-ruegen.de/politik/hilfe-bei-hartz-iv

Hartz-IV-Beratung, Begleitung zu Ämtern, Hilfe für Geflüchtete: Die Wahlkreisbüros der Bundestagsabgeordneten Kerstin Kassner und des Landtagsabgeord-

neten MV, Dr. Wolfgang Weiß sowie der Rechtsanwältin Marc Quintana Schmidt bieten kostenfreie Beratungsgespräche an.

Anmeldung unter: 03838 8283 -602 oder 03838 8283 -600

Demmin

Clara-Zetkin-Str. 7
17109 Demmin

Jeden zweiten Mittwoch im Monat findet in der Geschäftsstelle eine kostenlose Sozialberatung mit Rechtsanwalt Alexander Schmidt statt.

Terminvereinbarung unter: 03994 229 98 34

Grimmen

Lange Straße 21
18507 Grimmen
www.die-linke-grimmen.de

Hartz-IV-Beratung: Im Wahlkreisbüro von Dr. Wolfgang Weiß MdL findet regelmäßig eine Sprechstunde statt.

Terminvereinbarung unter: 038326 3482 oder 038326 851 19

Neubrandenburg

Tilly-Schanzen-Str. 17
17033 Neubrandenburg

Einmal im Monat (Montags) findet in der Kreisgeschäftsstelle Neubrandenburg eine kostenlose Sozialberatung mit dem Rechtsanwältin Alexander Schmidt statt.

Terminvereinbarung unter: 0395 544 22 02

Neubrandenburg

Weidegang 9
17034 Neubrandenburg

Sozialberatung: Im Bürgerhaus/Mehrgenerationenhaus bietet Renate Klopsch – je nach Bedarf – ein- bis zweimal monatlich eine Hartz-IV-Unterstützung bei Unterlagenbearbeitung sowie Begleitung bei Behördengängen an.

Terminvereinbarung unter: 0163 131 33 96

Neustrelitz

Schloßstrasse 10
17235 Neustrelitz

Jeden ersten Donnerstag im Monat findet in der Kreisgeschäftsstelle Neustrelitz eine

kostenlose Sozialberatung mit Rechtsanwält Alexander Schmidt statt.

Terminvereinbarung unter: 03981 200 411

Nordwestmecklenburg

Jugendclub Bax Im Thurow
23948 Klütz
<http://die-linke-nwm.de/calendar>

Der Kreisverband DIE LINKE. Nordwestmecklenburg führt zusammen mit der Landtagsabgeordneten Simone Oldenburg und dem Rechtsanwalt Andreas Spriewald Sozial- und Erstberatungen durch.

Voranmeldung unter: 0388 175 85 42 oder oldenburg-wkb@gmx.de

Stralsund

Heinrich-Heine-Ring 123
18435 Stralsund
www.die-linke-stralsund.de/termine

Hartz-IV-Beratung: In den Wahlkreisbüros von Kerstin Kassner MdB und Dr. Wolfgang Weiß MdL finden nach Terminvereinbarung

unter 03831 306 740 Hartz-IV-Beratungen statt.

Waren

D.-Bonhoeffer-Str. 7
17192 Waren

Jeden letzten Dienstag im Monat findet in der Geschäftsstelle und anderen Städten der Region eine kostenlose Sozialberatung mit Rechtsanwalt Alexander Schmidt statt.

Terminvereinbarung unter: 03991 165 805.

Nordrhein-Westfalen

Aachen

AugustastraÙe 69
52070 Aachen
<http://dielinke-aachen.de/kv/sozialberatung>

Sozialberatung,
Mittwoch, 15–17 Uhr.

Bergisch Gladbach

Am Rübezahwald 7 (Kreishaus)
51469 Bergisch Gladbach
www.dielinke-rbk.de/nc/partei/aktuell/detail-aktuell/news/telefonische-kontaktlose-buergersprechstunde-fuer-soziale-fragen

Im Büro der Kreistagsfraktion im Kreishaus (Raum Foo3, EG rechts), findet jeden Mittwoch, 16.30–18 Uhr eine Sozialberatung statt.

Terminvereinbarung unter: 02204 291 91 14 (auch AB)

Bergisch Gladbach

Konrad-Adenauer-Platz 1 (Rathaus)
51465 Bergisch Gladbach
<http://dielinkefraktion-bgl.de/buergersprechstunde>

Offene Bürgersprechstunde der Fraktion DIE LINKE, jeden Donnerstag von 16–18 Uhr, Raum 25. Fragen und Anregungen zu Kommunalpolitik und Hilfe bei Entscheidungen von Verwaltungen wie Jobcenter, Sozialamt, Jugendamt, Ausländeramt, Krankenkassen und weiteren sozialen Leistungsträgern und Verwaltungen.

Voranmeldung unter: 02202 142 458 oder 0173 827 03 53 sowie kontakt@dielinkefraktion-bgl.de

Bochum

(Wahlkreisbüro Sevim
Dagdelen, MdB)
Alleestraße 36
44793 Bochum
<https://dielinke-bochum.de/kreisverband/sozialberatung>

Sozialberatung (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Hartz IV, Wohngeld, Zwangsumzüge, Heizkosten, Kindergeld), Donnerstags, 16–18 Uhr.

Bonn

Vorgebirgsstraße 24
53111 Bonn
www.dielinke-bonn.de/sozialberatung

Kostenlose Sozial- und Hartz-IV-Beratung durch einen Rechtsanwalt und Jobcenterbegleitung.

Dinslaken

Friedrich-Ebert-Str. 46
46535 Dinslaken
www.die-linke-dinslaken.de/aktuell/sozialberatung

Sozialberatung jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 15–17 Uhr.

Terminvereinbarung
unter: 02064 775 73 76

Dortmund

Schwanenstraße 30
44135 Dortmund
www.dielinke-dortmund.de/nc/service/hartziv_beratung

Hartz-IV-Beratung, kostenlose Sozialberatung, Dienstag von 13–16 Uhr.

Duisburg

Gravelottestr. 28
47053 Duisburg
www.die-linke-duisburg.de

Kostenlose Sozialberatung, Mittwoch, 10–13 Uhr.

Düren

Postfach 10 12 53
Düren
www.dielinke-kv-dueren.net/Kreisverband/webpaper-01/webpaper.html

Sozialberatung: Bürgersprechstunden mit Beratung und Begleitung zum Jobcenter. Kreisverwaltung Düren, Haus A, Zimmer 163, Dienstag und Donnerstag, 10–12 Uhr.

Ohne Terminvereinbarung.

Düsseldorf

Corneliusstr. 108 (im Hinterhof)
40215 Düsseldorf
www.die-linke-duesseldorf.de/duesseldorf/sozialberatung

Allgemeine Sozialberatung; Donnerstag, 15–17 Uhr, Freitag, 10–13 Uhr, und nach Vereinbarung unter 0211 933 60 81.

Eschweiler

Johannes-Rau-Platz 1
52249 Eschweiler
www.dielinke-eschweiler.de/termine/details/126-sozial-sprechstunde-die-linke-im-rat-der-stadt-eschweiler

Kostenlose Sozial-sprechstunde zu SGB II und XI I sowie Hartz IV.

Essen

Severinstraße 1
45127 Essen
www.dielinke-essen.de/home/die-linke-hilft

Offene Beratung zu Hartz IV

Gelsenkirchen

Wildenbruchstr. 15-17
45889 Gelsenkirchen
www.facebook.com/events/1587889524769335/

Kostenlose Sozialberatung für Empfänger*innen von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfeleistungen: schnell, professionell und diskret. Einschränkungen wegen Corona: Die Sozialberatung findet telefonisch statt: Mittwoch, 11–13 Uhr, unter 0157 348 556 60.

Gütersloh

DIE LINKE Gütersloh
Bismarckstraße 2
33330 Gütersloh
www.dielinke-guetersloh.de/die_linke_hilft

Sozialsprechstunde,
Telefon: 05241 211 26 54

Hamm

Oststraße 48
59065 Hamm
www.dielinke-hamm.de/start/aktuell

Jeden letzten Montag im Monat im Büro der LINKEN: 14–15 Uhr, Informationen zur Hartz IV Gesetzgebung, 15–16.30 Uhr, Informationsstelle für Hörschädigte.

Köln

Zülpicher Straße 58 /
Wechselnde Orte!
50674 Köln
www.die-linke-koeln.de/kreisverband/sozialberatung

Sozialberatungsangebote (Hartz IV, Grundversicherung im Alter und Sozialhilfe):

- Montags von 10–13 Uhr und 15–19 Uhr, Köln-Porz, Bürgerzentrum Finkenberg, Stresemannstraße 6a, Nähe Haltestelle Steinstraße
- Montags, 15–18 Uhr, Büro der Kulturbrücke, Athener Ring 34, Köln-Chorweiler
- Mittwochs, 10–16 Uhr, Geschäftsstelle DIE LINKE. Köln, Zülpicher Straße 58
- Freitags, 10–13 Uhr, Bürgerzentrum Finkenberg, Stresemannstr. 6a, Köln-Porz
- Freitags, 17–19 Uhr, Sprechstunde im Wahlkreisbüro des Kölner Bundestagsabgeordneten Matthias W. Birkwald, Severinswall 37, 50678 Köln

Lüdenscheid

Albrechtstr. 2
(Ecke Knapper Str.)
58513 Lüdenscheid

Sozialberatung,
Montag, 16–18 Uhr
oder nach Vereinbarung,
Tel: 01525 101 74 18

Mönchengladbach

Hauptstraße 2
41236 Mönchengladbach-Rheydt
www.die-linke-mg.de

Sozialberatung in
Kreisgeschäftsstelle/
Begleitung zur Arge:
Dienstag 14–16 Uhr und
Freitag 11–14 Uhr,

Nur nach telefonischer
Anmeldung unter
02166 979 22 43.

Oberberg

Hochstrasse 13
51545 Waldbröl
www.dielinkeoberberg.de/vor-ort/geschaeftsstellen

Sozialberatung:
Donnerstag und Freitag
10–13 Uhr, in dieser Zeit
sind wir auch unter
02291 909 01 23
erreichbar.

Oberhausen

DIE LINKE Liste
Oberhausen
Elsässerstraße 19
46045 Oberhausen
Stadtmitte
www.linkeliste-ob.de/termine

Sozialberatung,
Mittwoch 11–13 Uhr,
Telefon: 0208 884 220

Remscheid

Schützenstraße 62
42853 Remscheid
www.dielinke-remscheid.de/nc/politik/aktuell

Sozialberatung rund
um die Themen Grund-
sicherung, Sozialhilfe,
Hartz IV und Miete.

Terminvereinbarung
unter 02191 460 42 54
oder büro@dielinke-remscheid.de

Rhein-Erft

DIE LINKE. Fraktion im
Kreistag Rhein-Erft
Willi-Brandt-Platz 1
50126 Bergheim
www.die-linke-im-kreistag-rhein-erft.de/sprechstunde

BürgerInnensprech-
stunde mit Sozialbera-
tung nach telefonischer
Absprache.

Rhein-Sieg

Mühlenstraße 46
53721 Siegburg
www.dielinke-rhein-sieg.de/nc/61801/kreisverband

Hartz-IV-Sprechstunde
und Sprechstunde für
Migrant*innen, bitte
vorher telefonisch
anmelden unter
02241 169 48 65.

Rhein-Kreis-Neuss

DIE LINKE. Rhein-Kreis-
Neuss AG Hartz IV /
Soziales Fesslerstr. 21
41462 Neuss
www.dielinke-rhein-kreis-neuss.de/mach_mit/ag_hartz_iv

Sozialberatung nach
telefonischer Termin-
vereinbarung unter
01590 863 99 42.

Solingen

Grünewalder Straße 63
42657 Solingen
www.dielinke-solingen.de/nc/politik/aktuelles

Individuelle Beratung
und Unterstützung bei
Problemen mit dem
Jobcenter.

Telefon: 0160-3737191,
E-Mail: sozialberatung@dielinke-solingen.de

Steinfurt

Karlstraße 17
48282 Emsdetten
www.dielinke-steinfurt.de/kreisverband/kontakt

Hartz IV Beratung/
Hilfe bei Bewerbungen

Viersen

Tönisvorster Straße 31
41749 Viersen/Süchteln
www.die-linke-viersen.de

BürgerInnensprech-
stunde

Niedersachsen**Celle**

Neustadt 52
29223 Celle
www.dielinke-celle.de

Kostenlose Sozialbera-
tung nach persönlicher
Terminabsprache am
Dienstag und Donners-
tag unter 0177 691 87 14.

Cuxhaven

Große Hardewiek 1
27472 Cuxhaven
www.dielinke-cuxhaven.de

Arbeitsrechtsberatung
(eine Sozialberatung zu
Arbeitslosigkeit und
Arbeitsförderung, wird
künftig erneut angebo-
ten), unter [dielinkehilft-
ar@cuxhavener-linke.de](mailto:dielinkehilft-ar@cuxhavener-linke.de)

bitte zunächst Fragen schicken, danach melden wir uns entweder mit Nachfragen oder dem Vorschlag, die Sache durch einen Anwalt wahrnehmen zu lassen.

Hameln

Domeierstraße 6
31785 Hameln
www.dielinke-hameln.de/ueber-uns/kreisverband

Hartz-IV-Beratung, Donnerstag, 15–17 Uhr, keine Anmeldung nötig. Während der Sprechzeiten ist die Sozialberatung telefonisch unter 05151 996 47 78 zu erreichen.

Hannover

Goseriede 8
30159 Hannover
www.dielinke-hannover.de/news/aktuelles

Alle Fragen um Recht, Soziales und Gesundheit, Angebote zur Asylberatung von der Begleitung zu Ämtern bis hin zur fachanwaltlichen Unterstützung und Übersetzung, Montag, 18.30–20.30 Uhr und nach Vereinbarung unter 0152 132 148 56.

Hildesheim

Rosenhagen 20
31134 Hildesheim
www.dielinke-hildesheim.de/nc/politik/aktuell/detail/news/update-die-linke-hilft

Sozialberatung, Begleitung zu Behörden, 16–18 Uhr und nach telefonischer Absprache unter 05121 177 68 63.

Rheinland-Pfalz

Mainz

Gärtnergasse 24 (3. St.)
55116 Mainz
www.dielinke-mz.de/linke-hilfe-mainz

Linke Hilfe Mainz e.V., Erwerblosenfrühstück, Beratung durch zwei Anwälte zu Hartz IV und Mietrecht.

Pirmasens

Am Immenborn 6
66954 Pirmasens
www.die-linke-ps.de/nc/termine

Bürgersprechstunden zum Thema Hartz IV.

Sachsen

Bautzen

Schülerstr. 10
02625 Bautzen
www.dielinke-bautzen.de/servicekontakt/kontakt/buergerbuero-bautzen

Die Sozialberatung findet in unregelmäßigen Abständen statt.

Wir bitten ausdrücklich um Terminvereinbarung unter 03591 490 976.

Dresden

Großenhainer Straße 93
01127 Dresden
<https://dielinke-dresden.de/partei/arbeitsgemeinschaften/sprechstunde-sozialberatung>

Sozialberatung, in der Regel per E-Mail. Schickt uns Eure Fragen mit den betreffenden Dokumenten und eurer Telefonnummer an sozialberatung@dielinke-dresden.de Wenn nötig rufen wir zurück oder vereinbaren in seltenen Fällen einen Beratungstermin vor Ort.

Erzgebirge

Wolkensteiner Str. 17a
09456 Annaberg-
Buchholz
www.dielinke-erzgebirge.de/partei/gliederung/region-annaberg

Vermittlung von Sozialberatungen, einfach im Kreisverband unter 03733 240 44 anrufen.

Freital

Abgeordnetenbüro
Antje Feiks
Dresdner Straße 190
01705 Freital
www.dielinke-soe.de/service/kontakt

Vermittlung von Sozialberatungsangeboten, Sprechstunde
Dienstags 10–12 Uhr.

Görlitz

https://dielinke-goerlitz.de/service

Sozialberatung

Großenhain

Katharinengasse 18
01558 Großenhain
www.dielinke-meissen.de/kontakt/buergerbuero-grh

Sozialberatung nach Vereinbarung unter 03522 614 23 20.

Hoyerswerda

Dietrich Bonhoeffer-
Straße 4
02977 Hoyerswerda
www.dielinke-bautzen.de/servicekontakt/kontakt/buergerbuero-hoyerswerda

Die Sozialberatung findet in unregelmäßigen Abständen statt.

Wir bitten ausdrücklich um Terminvereinbarung unter 03571 601 039.

Kamenz

Bautzner Straße 8
01917 Kamenz
www.dielinke-bautzen.de/servicekontakt/kontakt/buergerbuero-kamenz

Die Sozialberatung findet in unregelmäßigen Abständen statt.

Wir bitten ausdrücklich um Terminvereinbarung unter 03578 214 26 69.

Leipzig

Braustraße 15
04107 Leipzig
www.die-linke-in-leipzig.de/termine/links-hilft-konkret

Unterstützung und Hilfe bei: Asylbewerbergesetz, Arbeitslosengeld

(SGBIII), Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, BAFöG und BAB, Behinderung (SGB IX), Elterngeld, Gesundheit, Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsunfähigkeit, Kindergeld. Termine stehen auf o.g. Internetseite.

Pirna

Lauterbachstr. 4
01796 Pirna
www.dielinke-soe.de/service/kontakt

Wer eine Frage zum ALG II hat, kann sich gerne an die Kreisgeschäftsstelle wenden.

Voranmeldung unter: 03501 528 644.

Radeberg

Sozialberatung nach telefonischer Terminvereinbarung unter 03591 490 976.

Sebnitz

Abgeordnetenbüro
Dr. André Hahn (MdB)
Lange Straße 34
01855 Sebnitz
https://dielinke-soe.de/service/kontakt

Sozialberatung, Terminvereinbarung unter 035971 189 822.

Stollberg

Herrenstraße 13
09366 Stollberg
www.dielinke-erzgebirge.de/partei/buergerbueros

Hartz-IV-Hilfsangebote

Vogtland

Bahnhofstraße 49
08523 Plauen
www.dielinke-vogtland.de/service/kontakt

Terminvereinbarung für die Hartz IV-Beratung unter 03741 201 695.

Westsachsen

Roßmarktsche Straße 1
04552 Borna
<https://dielinke-west-sachsen.de/service/kontakt/kreisgeschaeftsstelle-borna>

Sozialberatung

Sachsen-Anhalt

Burgenlandkreis

Neumarkt 12
06712 Zeitz
www.die-linke-burgenlandkreis.de/nc/politik/termine

Sozialsprechstunde, Terminvereinbarung unter 03441 530 83 90.

Dessau-Rosslau

Karlstraße 4
06844 Dessau-Roßlau
www.dielinke-dessau-rosslau.de/politik/aktuell

Hartz-IV-Beratung, alle zwei Wochen Freitag, 14 Uhr.

Eine Anmeldung ist nicht notwendig, aber eine Vorabbesprechung unter 01577 589 50 59, täglich 9–14 Uhr und Dienstag, 15–17.30 Uhr, ist sinnvoll.

Staßfurt

Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit c/o Staßfurter Urania e.V. Prinzenberg 18
39418 Staßfurt

Hartz-IV-Beratung durch das Aktionsbündnis für Soziale Gerechtigkeit (ASG).

Informations- und Gesprächspunkt »von Betroffenen für Betroffene«, jeden zweiten und vierten Dienstag im Monat, 9.30–11.30 Uhr.

Stendal

Anne-Frank-Straße 20
39576 Stendal
www.dielinke-stendal.de/startseite/termine

Erwerbslosenfrühstück mit Informationsangeboten.

Schleswig-Holstein

Kiel

Hansastraße 48
24118 Kiel
<http://sozialberatung-kiel.de>

Sozial-, Arbeitslosen- und Hartz IV Beratung

Lübeck

Hundestraße 14
23552 Lübeck
www.die-linke-luebeck.de/service

Sozialberatung, Mittwoch, 11–13 Uhr.

Neumünster

Luisenstraße 31
24534 Neumünster
www.die-linke-neumuenster.de

Sozialberatung

Plön

Plöner Straße 29
24321 Lütjenburg
<https://linke-ploen.de>
Sozialberatung

Thüringen

Altenburger Land

Moritzstraße 8
04600 Altenburg
www.die-linke-altenburgerland.de/termine/termine

Hartz-IV-Beratung

Gera

Markt 12 a
07545 Gera
www.die-linke-gera.de

Hartz-IV-Beratung,
Terminvereinbarung
unter 0365 813 123.

Gera

Markt 12a
07545 Gera
www.die-linke-gera.de/partei/geschaeftsstelle

Arbeitslosenfrühstück
mit Gewerkschafts-
vertretern*innen,
Freitag, 9–12 Uhr.

Greiz

Carolinenstrasse 14
07973 Greiz
www.die-linke-greiz.de/die-linke-hilft

Sozialberatung zu
Renten, Mieten und
Hartz IV im vierzehntä-
gigen Wechsel in den
Bürgerbüros Carolinen-
strasse 14, 07973 Greiz

und Greizer Str. 33,
07937 Zeulenroda-Trie-
bes.

Wir bitten um Termin-
vereinbarung unter
03661 456 154 oder
[linke-greiz@marioforch-
hammer.de](mailto:linke-greiz@marioforchhammer.de)

Kyffhäuserkreis

Johann-Karl-Wezel-
Straße 50
99706 Sondershausen
[www.die-linke-kyffhaeu-
serkreis.de/service/
kontakt](http://www.die-linke-kyffhaeu-
serkreis.de/service/
kontakt)

Hilfe beim Ausfüllen
von Anträgen, Beant-
worten von Briefen
ggf. Widersprüche und
Begleitung von Hilfe-
suchenden zum
Jobcenter.

Wir bitten um
Terminvereinbarung
im Bürgerbüro
Kersten Steinke, MdB,
unter 03632 618 680.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Tel. 030 24 00 99 99
kontakt@die-linke.de
www.die-linke.de

ViSdP.: Jörg Schindler

Titelgrafik: Freepik from www.flaticon.com

Wir bleiben in Kontakt



**Die aktuellsten
Infos direkt aufs
Smartphone.**

Abonniere unseren
Telegram-Kanal
<https://t.me/dielinke>



www.die-linke.de/newsletter



twitter.com/dielinke



facebook.com/linkspartei



youtube.com/dielinke



instagram.com/dielinke



flickr.com/die_linke

